

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden.
Verantwortl. Redakteur: Dr. G. G. G.
Zur Nr. 20011.

Bezugs-Gebühr bei halbjähriger Lieferung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 5,60, —
Einzelnummern M. 30, —, Sonntagsausgabe M. 40, —.
Die 1. Auflage 12 mm breite Seite 30, —, superhalbes Buch mit 10, 61, —, Familien-
ausgaben und Einzelnummern unter Weglass der meisten Rubriken M. 2, —.
Vorzugsplätze lau. 2000. Zusätzliche Rubriken gegen Gebühr beizulegen.

Schriftleitung und Annoncenverwaltung:
Königsplatz 38/40.
Druck u. Verlag von G. G. G. & Co. in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Wachdruck nur mit Leuzlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schreibsätze werden nicht angenommen.

Café Hülfert
Konditorei
Prager Straße, Ecke Sidonienstraße.

14 Ring-
Königsziele Ring-
Vornehmes Restaurant

Gute Weihnachtsbücher
kauft man jetzt noch günstig bei
Buchhandlung **Joh. Schreitmüller** Antiquariat
Bautzener Straße 41

Hast Du **Augengläser** nötig, gehe zu **Gebrüder Roettig**, Dresden-U., Prager Straße 23

Das neue sächsische Regierungsprogramm

Die programmatische Rede, mit der Ministerpräsident Bud die neue, in ihrer Zusammensetzung unverändert gebliebene Regierung im Landtage eingeführt hat, weist gegenüber der Art, wie das Ministerium im Dezember 1920 sich präsentierte, einen unverkennbaren Fortschritt auf, weil ihr die scharfe Note des unerbittlichen Kampfes gegen alles, was bürgerlich ist und heißt, fehlt, wie sie damals in scharf akzentuierter Form vorlag. Im Jahre 1920 hand das gesamte Bürgerium unter dem Eindruck, daß ihm Schicksale angedroht worden sei, und diese Empfindung spiegelt sich durchgängig in den Reden der Parteien, die von den Rednern der einzelnen bürgerlichen Parteien an der Regierungserklärung abgegeben wurden. Dadurch wurde von vornherein die Arbeit des Landtages infolge Anfrüherung der heiligen partypolitischen Gegenstände erschwert und jene able und gereizte Stimmung geschaffen, die im Laufe der Zeit einen Konflikt auf den anderen häufte und schließlich die ganze parlamentarische Arbeit dermaßen auf den toten Punkt setzte, daß nur die im Wege des Volksbegehrens bewirkte Auflösung des Landtags und die Ausschreibung von Neuwahlen als Mittel zur Klärung der Lage übrig blieben. Nachdem nunmehr die Wöhne der Wirren in dem Sinne erfolgt ist, daß die alte Regierung im Sattel geblieben ist, wird man heiderseits, sowohl auf sozialistischer wie auf bürgerlicher Seite, am besten fahren, wenn man nicht das Trennende, sondern das Gemeinsame betont, um auf dieser Grundlage zu einer mittleren Linie zu gelangen, auf der sich eine Politik des Möglichen und Erreichbaren zum Wohle der Gesamtheit verwirklichen läßt.

Ansätze, an die sich gewisse Hoffnungen nach dieser Richtung knüpfen lassen, sind in der Rede des Ministerpräsidenten vorhanden, so wenn er betont, daß die gegenwärtige schlechte Lage des Staates nicht anhalte, alle Wünsche zu erfüllen — das geht offenbar gegen gewisse kommunistische Ueberheblichkeitsstellen —, und wenn er ferner bei dem Ueberblick über die Schulpolitik erklärt, daß „alle bewährte Grundzüge“ mit neuen modernen verbunden werden müßten. Es ist entschieden eine gute Seite des Ministerpräsidenten, daß er einen offenen Blick für gewisse Vorzüge der Vergangenheit besitzt und daß er auch den Mut hat, das offen auszusprechen. Bei seiner letzten Anwesenheit in München sagte er in einer Rede vor dem Republikanischen Reichsbund, er sei ehrlich genug eingesehen, daß wir aus dem alten Deutschland große gewaltige Werte hinübergenommen hätten in die Zukunft, Werte ethischer, kultureller, moralischer und auch materieller Natur. Es ist immer gut, wenn an leitender Stelle eine Persönlichkeit steht, die sich durch partypolitische Befangenheit den Blick für das bewährte Alte nicht trüben läßt. Um so mehr ist dann aber zu bedauern, daß der Minister kein hoffnungserweckendes Wort über die Religionserlasse ausgesprochen hat, die so viel Verbitterung in die auf dem Boden der christlichen Jugendbildung stehenden bürgerlichen Kreise getragen haben. Wenn Lehrer und Schülern ausnahmslos verboten wird, an staatlich nicht anerkannten kirchlichen Feiern an religiösen Akten teilzunehmen, so ist das zweifellos ein schwerer Gewissenszwang, der in einem demokratischen Staatswesen keinesfalls geduldet werden sollte. Hier stehen sich sozialistische und bürgerliche Auffassungen nach wie vor schroff gegenüber, und die bürgerlichen Kräfte und Einflüsse werden nicht ruhen noch rücken, bis sie die Aufhebung eines Erlasses erreicht haben, der unzulässig mit der verfassungsmäßig gewährleisteten Freiheit der Religionsübung vereinbart werden kann.

Es gibt gewiß manche Frage, in denen Bürgerliche und Sozialisten auf festem Boden Hand in Hand gehen können, so bei der Reform der Lehrerbildung, die, falls sie nicht auf eine schematische Einzwängung in die partypolitische sozialistische Weltanschauung abzielt, ein durchaus erzieherisches Ziel bildet, und ferner bei der Vereinheitlichung des Strafvollzuges. Auch die Ablehnung einer weiteren Annäherung durch die Regierung ist durchaus zu billigen, da es sich hier um das Einhalten auf einem Wege handelt, von dessen Verderblichkeit für den gesunden Rechtsinn des Volkes alle Einsichtigen überzeugt sind, und vor dessen weiterer Verschärfung bereits der höhere sozialistische Instanzminister Dr. Gornisch ernstlich gewarnt hatte. Die Grenze jeder Kompromißmöglichkeit aber ist für die bürgerlichen Parteien da erreicht, wo es sich um Sein oder Nichtsein der privatrechtlichen Ordnung handelt, wo der Kampf um die Weltanschauungsfrage geht, ob der bürgerliche Charakter des Staates erhalten bleiben oder die Ueberführung in ein sozialistisches Gemeinwesen erfolgen soll. Dieser scharfe Gegensatz wird in der Rede des Ministerpräsidenten dreimal in unverkennbarer Form bezeugt: einmal durch die Ankündigung, daß der Entwurf

Bud's Regierungserklärung im Landtag.

1. Sitzung.
Dresden, den 12. Dezember 1922.
Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht die Vereidigung des Ministerpräsidenten nach Artikel 20 der Verfassung und die Abgabe der Regierungserklärung. Die Tribünen sind stark besetzt. Auch sämtliche Minister einschließlich des Präsidenten sind anwesend. Vor Einleit in die Verhandlungen dankt Präsident Winkler des Vinscheidens des Abgeordneten Edwin Schmidt, Freisinn (D. N.). Der Präsident teilt mit, daß der Verstorbenen ist dem 17. Dezember 1917 bis zu seinem Tode der parlamentarischen Vertretung Sachsen angehört habe, und führt die Ausschüsse an, in denen er in dieser Zeit hauptsächlich tätig gewesen ist. Der Präsident stellt fest, daß sich das Haus zu Ehren und zum Andenken an den verstorbenen Kollegen von den Tribünen erhoben hat. Es sei ein Wort der Anerkennung für die Tätigkeit des Verstorbenen. Unter den Eingängen befindet sich ein Schreiben des Ministerpräsidenten Bud, in dem er die Annahme der wieder auf ihn gefallenen Wahl erklärt. Darauf folgt die

Vereidigung des Ministerpräsidenten.
Er leistet den Eid, indem er bei erhobener rechter Hand die Worte spricht:
„Ich schwöre Treue der Landesverfassung.“
Tamt ist die Vereidigung vollzogen und Ministerpräsident Bud nimmt nunmehr das Wort zu folgender

Regierungserklärung:
Meine Damen und Herren!
Nachdem ich am 6. Dezember vom Landtage zum Ministerpräsidenten gewählt worden bin, hatte ich die Pflicht, die Mitglieder für das Gesamtministerium zu berufen. Die seit dem Dezember 1920 in Sachsen bestohende Politik ist durch die Wahl am 5. November 1922 gebilligt worden. Ich habe deshalb nach Artikel 26, Abs. 2 der Landesverfassung die Herren Hellwig, Fleißner, Seidt, Lipinski, Nitsch und Dr. Rejzner mit der Fortführung ihrer Ämter betraut. In meinem Stellvertreter habe ich Herrn Minister Lipinski bestellt. Die am 14. Dezember 1922 vorgetragene Regierungserklärung umschließt einen auf längere Zeit berechneten Aufgabenkreis und die politische Einstellung der damaligen Regierung. Das neue Kabinett will diese

Politik nach sozialistischer Auffassung fortsetzen.
In einer Zeit, in der Not, Elend und Verzweiflung oft das klare Urteil trüben und nur bei willensstarken Menschen

Lebensmilde und Optimismus übriggeblieben sind, kann nicht wie in normalen Zeiten jede Anregung und jeder Wunsch erfüllt werden. (Zuruf von den Kommunisten: Was die von Sinnes!) Durch die rapid fortschreitende Weltentwicklung sind die Staatsmittel außerordentlich in Anspruch genommen worden. Insbesondere erfordert der weitere

planmäßige Ausbau der Staatsbetriebe, die sich sehr gut entwickelt haben, ganz gewaltige Summen. Gleichwohl wird die Regierung den auch vom Landtage als richtig anerkannten Weg, die Staatsbetriebe nach Möglichkeit weiter zu vervollkommen und auszubauen, trotz den schwierigen Verhältnissen unbedrückt weiterzuführen. Auch in diesen Tagen wird dem Landtage eine Vorlage machen, in der um die schleunige Bereitstellung der erforderlichen Mittel gebeten wird. Ebenso wird dem Landtage bald ein Gesetzentwurf über die Auseinandersetzung zwischen dem Freistaat Sachsen und dem vormaligen Königsaufbau zur Beratung und Beschlußfassung gehen. Langwierige Verhandlungen zwischen dem Reich über die anderweitige Verteilung der Reichsteuern zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, bei denen von Vätern und Gemeinden mit Nachdruck darauf hingewiesen worden ist, daß sie ohne weitgehendes Entgegenkommen des Reiches ihre Aufgaben nicht zu erfüllen vermögen. Es ist zu hoffen, daß die Beratungen bald zu einem befriedigenden Ergebnis führen. In gleicher Weise lassen die Verhandlungen über die Frage, inwieweit das Reich zu den Verbindlichkeiten der Staats- und Gemeindebeamten endgültig beizutragen hat, immer wieder neuen Vorwärtsgewinn erwarten.

Trotz unter den bestehenden Verhältnissen die Aufstellung der Haushaltspläne mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist, bedarf keiner weiteren Darlegung, die Regierung wird Ihnen den Entwurf eines

Nachtrages zu dem Haushaltsplan auf das laufende Rechnungsjahr, und den Planentwurf für 1923 sobald wie irgend möglich zugehen lassen. Bis zur Fertigstellung der unzulässigen Druckvorlagen benötigen wir noch einige Wochen Zeit. Der Entwurf zum Nachtragshaushaltsplan wird voraussichtlich im Januar in Ihren Händen sein.

In Ausführung des Reichsgesetzes über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 war dem Landtage der Entwurf eines Gesetzes über die Pflichten der Beamten und Lehrer und über die Änderung des Dienstvertrags vorgelagert worden. Durch die Auflösung des Landtages blieb der Entwurf

über die Gemeindeform alsbald wieder eingebracht werden soll, zum andern durch die Erklärung: Die Regierung wird es sich zur Pflicht machen, nach besten Kräften und im Rahmen ihrer Zuständigkeit die Regierung des Reiches zu unterstützen, daß der Gedanke der Gemeinwirtschaft in der Gesamtwirtschaft unseres Volkes immer mehr zur Wirklichkeit wird, um ihnen jetzt den sozialistischen Wirtschaftsaufbau vorbereiten zu helfen, und zum dritten endlich durch die Einführung der Demokratie, die Entwicklung zur Neugestaltung der Weltlichkeit im sozialistischen Sinne zwingt. In diesem Zusammenhang ist der Entwurf über die Gemeindeform besonders wichtig, weil er den unverkennbaren und auch von kommunistischer Seite mit Nachdruck unterbreiteten Zweck verfolgt, den Sozialismus in der Gemeinverfassung überall zur Geltung zu bringen, und von diesem Postament aus die politische Macht zu erheben. Es kann nach alledem nicht zweifelhaft sein, daß die neue Regierung, auf der Tradition der alten stehend, eine großzügige sozialistische Politik verfolgt, und soweit sie auf diesen Spuren wandelt, wird das Bürgerium sich in eine zielbewusste Oppositionstellung gedrängt sehen.

Ob die trennenden grundsätzlichen Fragen, die eine unüberbrückliche Schranke zwischen Sozialismus und Bürgerium aufrechten, mehr oder weniger schroff und scharf die politische und parlamentarische Lage beherrschen werden, wird wesentlich davon abhängen, wie sich die Regierung zu den Kommunisten stellt. Je weiter der Fendel nach links ausschlägt, desto heftiger werden die Gegensätze aufeinander prallen, während der Gang des öffentlichen Lebens einen ruhigeren Anstrich zu erhalten vermag, in eben dem Maße, wie sich die Regierung gegen kommunistische Ueberforderungen maßhaltig abweisend verhält. Die Art, wie die Kommunisten die Rede des Ministerpräsidenten aufgenommen haben, ist nicht gerade vorbildlich für gute Lebensart.

Dollar (Amtlich): 8440
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 8350

Nur den Ausblick auf Entwicklungsmöglichkeiten, die sich allenfalls ergeben können, wenn die Regierung die kommunistische Ueberhandnahme endgültig seit bekäme, erscheint es angebracht, an bemerkenswerte Auslassungen über die Konstitutionsfrage zu erinnern, die der Wirtschaftsminister Hellwig im Vorjahre in der sozialistischen Reichszeit „Die Woche“ gemacht hatte und die in ihrem wesentlichen Kerne lauteten: „Es ist in der Politik oft nur zwischen dem Großen und dem Kleineren Uebel zu entscheiden gilt, kommt für den Sozialisten als Bundesgenossen in Frage, was sich grundsätzlich zur Demokratie und Republik bekennt.“ Weil von den Kommunisten auf absehbare Zeit die Unterbreitung einer realisierbaren sozialistischen Politik nicht zu erhoffen steht, bleibt nur der sozialistisch-unabhängige Wod. Wo er in der Minderheit ist, bleibt nichts übrig als das Zusammengehen mit der bürgerlichen Linken, sofern sie sich zum Schutz und Ausbau der Demokratie und Republik verpflichtet.“ Hier tritt also der Minister Hellwig für eine Koalition mit den Demokraten ein, weil „von den Kommunisten nichts zu erhoffen ist“; die Demokraten sind für ihn „die einzig annehmbare bürgerliche Partei“. Wenn der Minister an dieser Anschauung noch heute festhält und sie sich früher oder später auch im Gesamtministerium durchsetzen sollte, könnte es immerhin sein, daß eines Tages die Gradauerische Politik, die ja auch die Demokraten aufnehmen, als sie das Bedürfnis nach einer Verbreiterung ihrer Grundlage verspürte, zu neuem Leben erwachte. Wer weiß, was werden mag! Nur dürfen die Demokraten sich durch derartige vage Ausschichten nicht von einer entschlossenen bürgerlichen Gemeinheitspolitik, die das oberste Gebot der Stunde bildet, abhalten lassen. Wenn die Bürgerlichen auf beraten sind, müssen sie unter sich ein harmonisches Verhältnis pflegen und es nicht an ihrer gemeinsamen Unterbreitung fehlen lassen, sofern es gilt, zusammen mit der Sozialdemokratie ein dem Wohle der Gesamtheit dienliches Gesetzgebungswerk zu fördern. Mit vereinten Kräften aber den äußeren Widerstand zu leisten, ist ebenso auf ihre Pflicht, wenn es sich darum handelt, Uebergriffe und Schändlichkeiten einer einseitigen sozialistischen Politik energisch zurückzuweisen.

unverleibt; er wird dem Landtag wieder zur Entscheidung vorgelegt werden.

Entsprechend dem Altersgrenzengesetz für Richter wird der Entwurf eines Gesetzes über die Festlegung einer Altersgrenze und über die Berechnung der Pensionsdienstreit für alle Beamten und Lehrer beim Landtag eingebracht werden.

An der Gestaltung des allgemeinen Beamtenrechts, des Beamtensteuergesetzes und an einer ausreichenden Hilfe für Beamte in Krankheitsfällen in Sachsen besonders stark interessiert.

Zur Verhütung des Landtags folgend und in Uebereinstimmung mit dem Gebote der interalliierten Militärkommission ist die Landespolizei mit der staatlichen Polizei ab 1. Oktober 1922 vereinigt worden. Die Polizei der Städte Chemnitz, Leipzig und Plauen ist an diesem Tage verstaatlicht worden.

Gemeindeordnung

wird dem Landtag in Kürze wieder eingebracht. Die Grundzüge des alten Entwurfs werden in der neuen Vorlage unverändert beibehalten. Die Beschlüsse des Sonderausschusses des aufgelösten Landtags sind in die neue Vorlage eingearbeitet worden.

Steuervorlagen zuzunehmen der Bezirke oder Gemeinden werden dem Landtag eingebracht. Der Haushaltsausschuss ist insofern der Weisung der interalliierten Militärkommission zu folgen und wird insbesondere bei der Festlegung des neuen Haushaltsjahres an dem dem Reichstage vorliegenden Landeshaushalt zu orientieren werden müssen.

Ein Entwurf eines Gesetzes über die Neuordnung der Verwaltungsbehörden ist nach Wahrung des Inhalts des gegenwärtigen Gemeindeordnungsentwurfs fortzuschicken und wird nach kommunalrechtlicher Beratung mit den übrigen Ministern dem Landtag eingebracht. Sein Inhalt ist allerdings wesentlich durch die endgültige Gestaltung der Gemeindeordnung bedingt, so daß auch deshalb die baldige Verabschiedung der Gemeindeordnung erwünscht ist.

Die Wohnungsnot

In Sachsen trotz der seit 1900 erfolgten Schaffung von 15.000 Wohnungen nicht behoben worden. Die unzureichende Wohnraumverteilung und die dadurch bedingte Verteuerung der Mieten stellt den gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbau in Frage, wenn es nicht gelingt, den Weg der Mieten zu verlassen und durch Kapitalbindung den Wohnungsbau auszubringen. Die vom Landtag bewilligte über nicht voll anspruchsbefähigte 500-Millionen-Mark-Anleihe für den Wohnungsbau hat nicht ausgereicht, um die erlangten 1.000 Wohnungen herzustellen.

Im Hinblick auf das Reichs-Wohnungsnotstandsproblem wird die Wohnbaupolitik in Sachsen in wesentlichen Punkten umgestaltet und ausgebaut werden. Besondere Maßnahmen über die unrentable Wohnbauhilfe sind in Vorbereitung. Die Regierung wird sich zur Pflicht machen, nach besten Kräften und im Rahmen ihrer Zuständigkeit die Beseitigung des Reichswohnotstands zu beschleunigen, daß der

Gedanke der Gemeinwirtschaft

in der Gesamtwirtschaft unseres Volkes immer mehr zur Herrschaft wird, um schon jetzt den sozialistischen Wirtschaftskampf planmäßig vorbereiten zu helfen. (Zusatz von kommunistischer Seite: Die Sozialistische Revolution ist in begraben!)

Der sächsische Staat wird bemüht sein, die landwirtschaftliche Produktion mehr und mehr in seine Hand zu nehmen. 12 Staatsämter werden jetzt schon von ihm nach erfolgter Umstellung mit voranschreitender Arbeit selbst betriebl. und allmählich sollen auch noch verstaatlichte Staatsämter in Selbstverwaltung übernommen werden.

Regelung der Volksernährung

wird die sächsische Staatsernährung nicht davon unberührt, sondern nach Reichsnotwendigkeit in die freie Wirtschaft zu verlagern, wenn diese, wie die Erfahrungen der letzten Zeit gelehrt haben, Erzeuger- und Konsumentenwinne bildet, die von der Masse des Volkes nicht mehr getragen werden können.

Die Förderung der vorwiegend entwickelten sächsischen Land- und Gewerbeindustrie wird auch die neue Regierung als eine hohe Pflicht betrachten. In der Förderung der landwirtschaftlichen Schulwesen erweist die Regierung eine wichtige Aufgabe unserer Zeit, da hierin eine der wirksamsten Mittel zur Hebung der landwirtschaftlichen Gütererzeugung liegt. Eine gesunde Entwicklung des gewerblichen, landwirtschaftlichen und Verbrauchergewerkschaftswesens wird gefördert.

Das Erwerbslosenproblem

wird durch die kommende reichsrechtliche Erwerbslosenversicherung dem Arbeitsministerium ein neues Tätigkeitsfeld eröffnen. In der Erwerbslosenfürsorge hatte bisher Sachsen in bezug auf bessere Ausgestaltung und Angleichung der Unterstützung an die wirklichen Lebensverhältnisse gegenüber dem Reich immer die Initiative. Wegen der wiederholten eintretenden Verschlechterung der Arbeitsmarktlage hat sich das Arbeitsministerium seit Monaten auf Notmaßnahmen eingelassen, deren Durchführung aber nicht allein von Sachsen abhängt. Die beste Voraussetzung für die Erwerbslosen ist Arbeitsbeschaffung. Eingliederung in den Produktionsprozess und Sicherung des Interesses und Willensbewusstseins. Entsprechend den Bestimmungen des Reichsbeschäftigungsgesetzes ist das Arbeitsministerium bemüht, das Erwerbslosensuchen auszubauen. Durch die Gestaltung des neuen Arbeitsrechts in Deutschland wird das Arbeitsministerium in nächster Zukunft ebenfalls vor eine Reihe neuer Aufgaben gestellt werden, so beim Schlichtungswesen, Tarifrecht, Arbeitszeitgesetz usw.

In der Sozialversicherung, deren Gesetzgebung beim Reich liegt, werden Anregungen auf Ausdehnung und Aufnahmestellung von hier aus weiterhin beim Reich gegeben werden. — Zu

Ausbau der Gewerbeaufsicht

hat sich das Arbeitsministerium angelegen sein lassen und wird es auch weiter tun. Nach Einvernehmen mit den zuständigen Organisationen wird dem Landtag ein Gesetzentwurf über die Verstaatlichung der Arbeiter vorgelegt werden.

Im Bereiche des Unterrichts- und Kultusministeriums ist nächste wichtige Aufgabe die Durchführung des Schuldenabsetzgesetzes. Die dazu nötige umfangreiche

Ausführungsverordnung wird rechtzeitig erlassen. Die Reform der Lehrerbildung, die ein besonders großes Interesse verdient, wird ununterbrochen gefördert werden. Die Einrichtung der pädagogischen Institute ist in Angriff genommen worden, sie sollen 1923 ihre Tätigkeit beginnen. Ein

Berufsschulwesen

ist in Bearbeitung. (Zusatz von den Kommunisten: Seit zwei Jahren!) Es wird nach Abschluss und nachdem die Berufsbeschäftigten gütlich gelehrt worden sind, dem Landtag vorgelegt werden, da nicht mehr auf ein in Aussicht gestelltes Reichsgesetz gewartet werden kann. Daneben ist dem Ausbau der Fortbildungsschulen das nötige Aufmerksamkeits zu widmen. Auch die in Sachsen komplizierten Verhältnisse in höheren Schulwesen sollen in bezug auf Organisation, Verwaltung und Schulplan einer zeitgemäßen Reform entgegengeführt werden. Alle bewährte Grundzüge müssen mit neuen, modernen verbunden, Ueberlebendes und Unzeitgemäßes muß beseitigt werden. Allen diesen Erfordernissen ist in einem alle Schularten umfassenden Einheitschulgesetz zu entsprechen.

In Verbindung damit steht die Abfertigung der Vorlegung eines Gesetzes über

neue Formen an den höheren Schulen.

worin auch die höhere Berufsschule Berücksichtigung finden soll. Ferner soll dem Landtag in nächster Zeit eine Vorlage über die Errichtung eines Landesbildungsrates eingebracht werden, der zu einer Zentralstelle für die mannigfaltigen Schulfragen und Probleme auszusprechen ist. Nachdem die Reihe der Einzelgebiete des Schulwesens bearbeitet und zeitgemäß gestaltet sein wird, ist ein das Ganze zusammenfassendes und leichte Ueberführbarkeit herbeiführendes Landesgesetz zu schaffen, eine Aufgabe, deren Größe und Bedeutung kaum besonders betont zu werden braucht, und die infolgedessen noch geraume Zeit in Angriff zu nehmen wird. Ferner ist zu prüfen, ob und inwieweit Veränderungen im Hochschulbetrieb, die das gemeinsame Interesse zwischen Staat und Hochschule fördern, zweckmäßig erscheinen. Dabei sei bemerkt, daß der sächsische Staat der gegenwärtigen Not der Wissenschaft die größte Aufmerksamkeit widmet. Diese Not lenkt das Interesse auf die Volksschulwesen und Volkshochschulwesen, die unter solchen Umständen erhöhte Bedeutung erlangen. Das trifft auch zu für die Vermittlung in den Schulen, die zu beschaffen dem einzelnen unermittelten Staatsbürger infolge der hohen Preise fast unmöglich gemacht ist. Es scheint an der Zeit zu sein, daß sich Reich, Staat und Gemeinden zu einer gemeinsamen Aktion zusammenschließen, die wenigstens Milderung des Notstandes bringen kann.

Die Trennung zwischen Kirche und Staat

wird die sächsische Regierung weiter zu fördern suchen, um hier endlich klare Verhältnisse herbeizuführen. Leider ist das dazu in Aussicht gestellte Reichsgesetz trotz wiederholtem Drängen bisher nicht erschienen. — Wir können der vorstehend kurz skizzierten Staatssituation nicht nach der Reichsverfassung die Initiative bei der Reichsreformgebung. Sollte sie auch weiter ausbleiben, so wird sich die sächsische Regierung veranlassen sehen, zu prüfen, ob auf Grund von Artikel 12 der Reichsverfassung durch die Landesgesetzgebung ein selbständiges Vorgehen geboten ist.

Von dem Justizministerium wird dem Kabinett und nach Beratung in diesem dem Landtag ein Gesetzentwurf vorgelegt werden über die

Aufhebung der öffentlich-rechtlichen Sonderrechte des ehemaligen Königshauses.

Als solche Sonderrechte kommen in Frage der Sondergerichtsstand für den ehemaligen König und die Mitglieder des ehemaligen königlichen Hauses beim Oberlandesgericht, ferner die Rechtsverhältnisse des königlichen Hausdienstes und der Hofkapellmusik, sowie der damit zusammenhängenden Familienangelegenheiten.

Weiter wird dem Landtag vorgelegt werden der Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung der sonstigen Familienangelegenheiten, der sogenannten Familienangelegenheiten, womit eine in Art. 153 Abs. 2 der Reichsverfassung ausgesprochene Anweisung des Reiches an die Länder zur gelegentlichen Tätigkeit nunmehr auch für Sachsen erfüllt wird.

Den gleichen Zweck, den Ständestaat in den demokratischen Staat mit völlig rechtlicher Gleichstellung aller Staatsbürger überzuführen, verfolgt ein weiterer dem Landtag voranzugender Entwurf eines Gesetzes, durch welches die für Rittergüter und andere zu Lebzeiten gehende Grundstücke noch bestehende Junkerprivilegien beseitigt werden sollen. (Zusatz von den Kommunisten: Das reicht aber nach Mittelalter!)

Außerdem wird infolge der wesentlichen Abänderung der Reichsbeschäftigungsgesetzgebung vom 9. Juni 1920 durch das Reichsgesetz vom 29. Juni 1922 schon in der nächsten Zeit eine vollständige Neuauflage und Fortentwicklung des sächsischen Landesgesetzgebungsbereiches durch eine neue Landesgesetzgebung erfolgen.

Am Geschäftsbereich des Justizministeriums tritt endlich mit Ende März des kommenden Jahres dadurch eine wesentliche Veränderung der Verhältnisse ein, daß in Ausführung eines Beschlusses des Landtages der gesamte Strafvollzug mit dem 1. April 1923 dem Justizministerium übertragen wird. Gleichzeitige mit dieser Zusammenfassung des Strafvollzugs wird eine grundsätzliche Neuorganisation nach den neuen Vereinbarungen der Länder erfolgen. Ein Bedürfnis zum Erlaß eines Anwerbsgesetzes besteht nach Auffassung der Regierung nicht (dieser Punkt bei den Kommunisten, da in Verstoß des Beschlusses des Landtages vom 16. Juli 1922 die in Betracht kommenden Erlasse schon im Wege der Einzelgesetzgebungen erledigt worden haben).

Das Justizministerium beschäftigt sich außerdem mit einer allgemeinen Vereinfachung des Geschäftsbereiches für alle seine Behörden. In diesem Zusammenhang wird voraussichtlich eine Neubearbeitung der Gerichtsbezirke erfolgen.

Niemand von Ihnen, meine Damen und Herren, keiner der Männer in der Regierung ist imstande, in die Zukunft zu schauen und mit einiger Sicherheit zu sagen, ob alle Vorfälle durchgeführt werden können. Ist aber der Wille vorhanden, den Blick vorwärts zu richten und seinen inneren Kräften zu vertrauen, so wird uns Verständnis und Würdigung entgegengebracht auch von Ihnen, meine Damen und Herren, dann wird uns der schwere Vorfall, die Regierungsgeschäfte wieder zu führen, erleichtert und ermöglicht. Ich habe an Beginn der heutigen Sitzung den Eid auf die Verfassung erneuert gelesen. Meinen Ministerkollegen habe ich diesen Eid bei ihrem Amtsantritt abgenommen. Damit haben meine Kollegen und ich unabweislich das Bekenntnis zur republikanisch-demokratischen Staatsform bekräftigt. In dieser Staatsform liegt die Entwicklung zur

Neugestaltung der Gesellschaft im sozialistischen Sinne.

für den Weg zu ebnen, wird richtunggebendes Prinzip für die Arbeit der Regierung sein, die nunmehr ihre Tätigkeit beginnt. Helfen Sie, meine Damen und Herren, die uns gemeinsam obliegenden Aufgaben in diesem Sinne zu erledigen, zum Wohle unseres Volkes, der sächsischen und der deutschen Republik. (Bravo links.)

Die Rede wird wiederholt von Zwischenrufen der Kommunisten unterbrochen. Der Ministerpräsident bemerkt hierzu, daß er erwartet hätte, jeder werde so viel Verstand haben, die Regierungserklärung ruhig anzuhören. Das Haus ausschließlich der Kommunisten nimmt dem Ministerpräsidenten mit lauten Ausfällen, sehr richtig! zu. Ein Sozialdemokrat ruft den Kommunisten Murrende Jungen! zu. Der Landtag beschließt, noch zwei weitere Punkte zu erledigen.

Ohne Aussprache wird dem Vorschlag des Gesamtministeriums zugestimmt, den staatlichen Beitrag für die Beschäftigungskosten der Stimmzettel für die Landtagswahl auf 2 Mk. für jede gültige Stimme festzusetzen. Dann wendet sich der Landtag der zweiten Beratung des Reichentwurfes über die

Aufwandsentschädigung der Landtagsabgeordneten

zu. Der Landtagsausschuß A schlägt in Abänderung der von uns bereits mitgeteilten Regierungsvorlage vor, für die Zeit vom Tage des ersten Zusammentritts des Landtags an bis zum Ende des Monats, in dem die Wahlperiode abläuft oder in dem der Landtag aufgelöst wird, eine Aufwandsentschädigung für die in Dresden wohnenden Abgeordneten von 80 v. O. und für die außerhalb Dresdens wohnhaften Abgeordneten von 60 v. O. der jeweiligen den Mitglieder des Reichstages zuzurechnenden Aufwandsentschädigung zu zahlen. Dem Landtagspräsidenten soll für seinen außerordentlichen Aufwand ferner eine monatliche Entschädigung nicht von einem Viertel der jeweiligen Bezüge der in Dresden wohnenden Abgeordneten, wie die Vorlage vorseht, sondern der Hälfte der jeweiligen Bezüge der außerhalb Dresdens wohnenden Abgeordneten gewährt werden. Weiter wird vorgeschlagen, § 7 der Regierungsvorlage zu streichen, wonach die Minister, die gleichzeitig Mitglieder des Landtags sind, keine Entschädigung beziehen.

Hr. Hammelsberg (D. P.) begründet einen Antrag seiner Fraktion, die Entschädigung nur für die acht Monate zu gewähren, in denen der Landtag in der Regel tagt, und für jeden einzelnen Sitzungstag in der Ferienzeit ein Drittel der Monatsbezüge zahlen. Die letzte Regelung sollte einer Befreiung der Abgeordneten gleich, und das entspricht nicht der Würde des Landtags. Weiter fordert der Antrag, § 7 der Regierungsvorlage wieder herzustellen, also den Ministern, die Abgeordnete sind, keine Diäten zu gewähren.

Hr. Müllig (D. Sp.) stimmt im Namen seiner Fraktion der automatischen Angleichung der Diäten an die der Reichstagsabgeordneten zu, aber nur im Sinne des Antrages der Deutschnationalen. Auch tritt er für Wiederherstellung von § 7 der Regierungsvorlage ein.

Hr. Dehne (Dem.) erklärt, daß seine Fraktion dem deutschnationalen Antrag nicht zustimmen werde. Von einer nur achtmonatlichen Landtagsperiode könne keine Rede sein. Es ein Abgeordneter noch ein anderes Amt bekleide, sei ganz unerleidi.

Der deutschnationalen Antrag, sowie ein kommunistischer Antrag, nicht nur die Diäten für die Minister, sondern auch die außerordentliche Aufwandsentschädigung für den Landtagspräsidenten zu streichen, wird abgelehnt. Darauf wird die Vorlage in der Fassung des Ausschusses mit Stimmenmehrheit angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung steht außer der Wahl von Abgeordneten in verschiedene Ausschüsse die

Besprechung der Regierungserklärung

Poincarés Rückkehr nach Paris.

Planer Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“: Paris, 12. Dez. In hiesigen politischen Kreisen wird der Aufbruch der Londoner Konferenz weiterhin lebhaft kommentiert. Die „Liberté“ will wissen, daß im Laufe des letzten Abends zwischen Poincaré und einem Minister ein Telefongespräch stattgefunden habe, und daß einige Mitglieder der Regierung eine offizielle Sitzung abgehalten hätten, nach der sie Poincaré hätten wissen lassen, daß man in Paris eine Entscheidung erwarte. Der „Liberté“ zufolge sei von Poincaré vor seiner Abreise nach London vertraulich erklärt worden, daß er nicht kommen werde, zu hause sei. Poincaré ist heute abend nach Paris zurückgekehrt und wird seine Ministerkollegen sowie Mitterand von dem Ausgang der Verhandlungen in London unterrichten. Es ist wahrscheinlich, daß er am kommenden Freitag anlässlich der Debatte über das Budget der auswärtigen Angelegenheiten auch Erklärungen über die Londoner Verhandlungen abgeben wird.

Paris, 12. Dez. Der französische Optimismus in bezug auf den Ausgang der Londoner Konferenz war durchs aus unberechtigt, wie die gestern abend eingetragenen Nachrichten von dem Abbruch der Londoner Verhandlungen beweisen. Poincaré hat von der Blacquesa in England, Italien und Belgien Kenntnis genommen, die nationalpolitisch Frankreich mitzumachen, und kehrt nach Paris zurück, um die nationalpolitischen Kreise zu überzeugen, daß er sein Möglichstes getan hat, um den französischen Standpunkt durchzusetzen. Die gelehrteste Million Poincarés dürfte bei allen Parteien, selbst bei seinen Parteifreunden, große Enttäuschung hervorgerufen.

Bonar Law will den deutschen Goldschah sichern.

London, 12. Dez. In englischen unterrichteten Kreisen heißt es, daß Bonar Law nicht darauf verzichtet werden, den englischen Plan den in London vorliegenden Sachverhältnissen zu unterbreiten. Dieser Plan bezweckt vor allem, den Goldbestand der deutschen Reichsbank in Sicherheit zu bringen, da Poincaré nachhaken ließe, daß er die Mittel habe, das Gold der Reichsbank zu beschlagnahmen. Bonar Law werde wahrscheinlich vorschlagen, das Gold der Reichsbank bei der Bank von England deponieren zu lassen. — Die „Weltlicher Gazette“ schreibt u. a., daß die Zustimmung der englischen Regierung zu einer Regelung des Ruhrgebietes nicht in Frage kommen könne, und sagt, daß eine Einberufung der Brüssel Konferenz nunmehr sehr unwahrscheinlich geworden sei.

Eine wichtige Erklärung Bonar Laws.

London, 12. Dez. In der heutigen Sitzung des Unterhauses erklärte Bonar Law auf eine Anfrage Kenneths, er halte es für nicht richtig, wenn England allein unter den Alliierten auf seine Entschädigung verzichte. Er trat indessen dafür ein, daß der Betrag, den Deutschland nicht bezahlen könne, gekürzt würde, und daß man offen einmache, daß die Forderungen, die man von Deutschland nicht erhalten könne, unzahlbar wären. In der Aussicht auf einen Abschluß der Reparationsfrage wolle England bereit, ein gewisses Risiko zu tragen. (W. T. N.)

Freigabe des kleinen deutschen Eigentums in Amerika?

Washington, 12. Dez. (Dunfpruch.) Die Regierung hat beschlossen, auf Freigabe des Geiselnamens durch den Kongress noch in der laufenden Session zu bringen, durch den die Ermächtigung erteilt wird, 30.000 Depots im Betrag von 1000 bis 5000 Dollars freizugeben, die die Verwaltung des Beschlagnahmecomités fremden Eigentums in Verwahrung hat. Nach amtlichen Schätzungen betragen die kleinen Depots 30 Prozent der Gesamtzahl. Die Depotsverwaltung war der Meinung, daß durch die Freigabe von 7 Prozent der Gesamtzahl die berechtigten amerikanischen Gegenforderungen an Deutschland reichlich gedeckt würden und daß die amerikanische Regierung durch Freigabe der kleinen Summen die wirtschaftliche Erholung Deutschlands unterstützen könnte. Von den 300 Millionen Dollars der amerikanischen Forderungen entfallen 100 Millionen auf die Schadenersatzansprüche wegen der Verletzung der „Luzitania“. Einige amtliche Personen sind der Meinung, daß diese Ansprüche durch eine Kompromißlösung wesentlich besetzt werden könnten.

Reichsfinanzminister Cuno an die deutsche Wirtschaft.

Die Eröffnung des neuen Wirtschaftsgebäudes. — Die Aufnahme der deutschen Vorschläge in London.

Berlin, 12. Dez. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat hielt heute in seinem neuen Dienstgebäude die erste Vollversammlung ab, die in besonders feierlichem Rahmen vor sich ging. An den Regierungstischen hatte der Reichspräsident Herr Reichsfinanzminister Cuno, Reichswirtschaftsminister Dr. Becker, zahlreiche andere Minister des Reiches und der Länder, die Vertreter der Berliner Parlamente usw. Platz genommen. Sofort nachdem der Vorsitzende Edler v. Braun die Sitzung eröffnet hatte, ergriff

Reichsfinanzminister Cuno

das Wort. Er gab der Vollversammlung Ausdruck, daß das neue Gebäude ein Zeichen der Entwicklung und einer Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse in unserem Lande. (Beifall.) Kein Geringerer als Bismarck war es, der den preussischen Volkswirtschaftsrat ins Leben rief, um alle wirtschaftlichen Fragen zunächst vor wirtschaftlichen Kreisen zu beraten. Der Reichsfinanzminister nannte als Männer, die sich um die Arbeiten des Reichswirtschaftsrats besonders verdient gemacht haben, neben dem Präsidium besonders die Herren von Bismarck, beide Männer des Ausdrucks der Interessen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und des Ausgleichs zwischen den verschiedenen wirtschaftlichen Auffassungen. Niemals zuvor kam es so sehr darauf an, daß alle wirtschaftlichen Kräfte zusammengefaßt würden, um das Ziel zu erreichen, endlich das Problem, das auf unserem gesamten wirtschaftlichen Leben laftet, einer endgültigen Lösung entgegenzuführen. Niemals zuvor ist es mehr darauf angekommen, bei dieser Arbeit den Ausgleichen der Gegebenheiten zu finden.

Diese Aufgaben des Reichswirtschaftsrats entsprechen genau dem, was wir im neuen Reichskabinett uns als Arbeitsprogramm vorgesetzt haben. Der Reichswirtschaftsrat hat nach der Verfassung nicht entscheidend aufzutreten, sondern beratend, befürwortend, anregend. So soll auch das Verhältnis der wirtschaftlichen Kreise das sein, daß die Regierung führt und daß die wirtschaftliche Regierung unterstützt. (Beifall.) Es gibt hier keinen Machtfaktor, kein Kräftezentrum der Wirtschaft, das stark genug wäre, der Regierung die Führung aus der Hand zu nehmen (lebhafter Beifall), aber wir können der Unterstützung, der Mitarbeit der wirtschaftlichen Kreise nicht entbehren und wollen es auch nicht.

Ich möchte glauben, daß diese Stellung von Wirtschaft und Regierung jetzt ihren besonderen Ausdruck in der Lösung der Reparationsfrage zu finden haben wird.

Kur einen Grundgedanken möchte ich herausheben aus dem, was in London geschehen ist, und dem, was werden soll. Die Regierung ist der Ansicht, daß nur aktive und positive Mitarbeit der Lösung unserer Schicksalsfrage zum Heile werden kann.

Der positive deutsche Vorschlag

war, man möge über seine Einzelheiten denken wie man wolle, aufgebaut auf dem Grundgedanken, der für die Lösung der Befreiung weiterer Gebiete unseres Reiches und unserer Wirtschaft von dem Druck der ungeheuren Reparationsfragen nötig sei, daß es für alle diese Ziele der Zusammenfassung der letzten Kräfte des ganzen Volkes bedürfte und der Zusammenfassung des ganzen Vertrauens des Auslandes, das noch zu Deutschland besteht. Beide sollten zugleich der Wertmesser sein für die Leistungen, den wir an dieses Problem anlegen konnten. Mehr kann nicht von uns verlangt werden.

Ich finde es wenig befriedigend, daß ein so ernstlicher, von dem festen Willen getragener Vorschlag, dieses Problem zur Lösung zu bringen, unter Einsetzung unserer ganzen Kräfte und unserer Mitarbeit nicht wenigstens die Beachtung gefunden hat, daß man angesichts dieses Vorschlages den Weg zu gemeinsamen Verhandlungen beschränkt, ohne die die Lösung dieser Frage überhaupt nicht möglich ist. (Sehr richtig!)

Was uns auch bevorstehe, was immer auch kommen möge in der Weiterentwicklung dieser Verhandlungen, wir müssen zusammenarbeiten mit allen unseren Kräften. Es muß die Einheit nicht nur der Wirtschaft, sondern der Stimme und der Länder gewahrt werden, und es darf kein Teil des Deutschen Reiches absteilen stehen. Darüber hinaus müssen wir die wirtschaftliche Kraft aufbringen, das Mögliche zu leisten, was wir bei einer endgültigen Lösung des Problems auf uns nehmen müssen. Wir müssen da auch zu gesunden wirtschaftlichen Beziehungen über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus zu den benachbarten Ländern Zentraleuropas zu gelangen suchen.

Der Vorsitzende des Reichswirtschaftsrats Edler v. Braun

übernahm namens des Reichswirtschaftsrats zu treuen Händen das Haus und gelebte, daß es eine Stätte ruhiger, leidenschaftsloser und aufopfernder Arbeit für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands sein soll. Redner gab einen Überblick über die bisherigen Arbeiten des Reichswirtschaftsrats und brachte dann zwei alte Wünsche des Wirtschaftsrats zur Sprache: die Heranziehung des Reichswirtschaftsrats ins Stadium der sogenannten „Exekutiv-Entwürfe“ und die Entsendung von Kommissaren des Reichswirtschaftsrats in die Verhandlungen der gegenseitigen Körperchaften und ihre Ausschüsse. Zum Schluß sagte er: Wir wollen den Mut nicht sinken lassen; wir wollen aus diesem Hause hervorgehen Parteihafter und Klassenkampf, Verheugung und Verleumdung, und wir wollen hier nur daran denken, daß wir Deutsche sind, berufen Deutschlands Wirtschaft vor dem Zusammenbruche zu retten! (Beifall.)

Die Grenzen der Garantiefähigkeit der deutschen Industrie.

Ein Vortrag Delfferichs.

Auf dem Landesparteitag der Deutschen Nationalen Volkspartei in Halle machte am 10. Dezember Dr. Delfferich vor dem Industrienausschuß sehr beachtliche Ausführungen über die Stellung der Industrie zu einer Garantie von Reparationsleistungen. Er führte dabei u. a. aus:

Für den „Goldwert“, den heute die deutschen Industriellen und kommerziellen Unternehmungen repräsentieren, gibt die Kursentwicklung der deutschen Aktien einen gewissen Anhalt. Ende 1913 betrug der Nennwert des Kapitals der deutschen Aktiengesellschaften etwas über 17 Milliarden Goldmark, der Kurswert nahezu 31 Milliarden Goldmark. Am 1. September 1922 war der Nennwert auf mehr als 80 Milliarden Papiermark „gestiegen“, das durchschnittliche Kursniveau war um viele Hunderte Prozent höher geworden, der gesamte Kurswert des Aktienkapitals stellte sich auf nahezu tausend Milliarden Papiermark. Zu dem damaligen Dollarkurs in Gold umgerechnet, machte jedoch der Kurswert der sämtlichen deutschen Aktien nur noch 3,1 Milliarden Goldmark aus. Wenn also heute die sämtlichen deutschen Aktien zu ihrem anfänglichen so hoch getriebenen Kurswert der Reparationskommission ausgetauscht werden würden, so wäre der Effekt, daß uns ganze 3 Milliarden Goldmark angeschrieben würden. Aber von diesen drei Milliarden ist im Wege der durch die Fortsetzung der bankrotten Erfüllungspolitik erzwungenen „Ueberfremdung“ mindestens ein Drittel, und zwar das wertvollste, und für die Entente interessanteste Drittel in ausländische Hände übergegangen, so daß der gegenwärtige Goldwert des im deutschen Besitz verbliebenen Aktienkapitals auf nicht mehr als 2 Milliarden Goldmark veranschlagt werden kann.

Nach unvollständiger für uns als die Wertberechnung auf Grund der Börsenkurse stellt sich

Die Ertragsberechnung

für das Zins- und Dividendenvermögen unseres gesamten mobilen Kapitals — Aktien, G. m. b. H. Anteile, Schuldverschreibungen jeder Art, Hypotheken- und Ausforderungen — gibt die an der Quelle erhaltene und deshalb nicht hinterziehbare Kapitalertragssteuer einen zuverlässigen Anhaltspunkt. Nach den amtlichen Ausweisen hat die Kapitalertragssteuer in der ersten Hälfte des laufenden Rechnungsjahres (April-September 1922) 1088 Millionen Papiermark betragen. Da die Kapitalertragssteuer 10 v. H. beträgt, war der den deutschen Kapitalisten zuzurechnende Kapitalertrag neunmal so hoch, also rund 9,8 Milliarden Papiermark, gleich rund 5 Millionen Goldmark im halben Jahr oder 10 Millionen Goldmark im vollen Jahr. Wenn also das ganze deutsche mobile Kapital einschließlich aller Aktien- und Obligationen, G. m. b. H. usw. ausnahmslos der Reparationskommission expropriert wird, so läßt sich mit dessen Zins- und Dividendenertrag von 10 v. H. — und darunter ist eine ausländische Anteile auf den Geldmärkten der Welt sicher nicht zu bekommen — eine Anleihe von sage und schreibe 100 Millionen Goldmark garantieren, nicht mehr! Wer da von Goldmilliarden laßt, gehört eher in die Gummistube als in das Zimmer internationaler Verhandlungen.

In diesen Ziffern haben Sie einen Anhalt für die geradezu erschreckend engen Grenzen, die unter unseren heutigen Verhältnissen der Leistungsabgabe der Industrie und des Kapitals für Reparationszwecke gezogen sind.

Deutscher Reichstag

(Trautmeldung unter Berliner Schriftleitung) Berlin, 12. Dez. Auf Anfrage wird von der Regierung bestätigt, daß

die französische Besatzung in Reutbad a. d. Saardt 28000 Quadratmeter wertvolles Kulturlandes zur Anlage eines Garnisonplatzes und weitere 100000 Quadratmeter zur Errichtung eines Exerzierplatzes beschlagnahmt hat. (Beifall.) Das Vorgehen der Besatzung in Reutbad steht in unauflöslichem Widerspruch zu den Ausführungen des französischen Vertreters bei den Verhandlungen in Versailles. Die Stadt Reutbad hat kaum 20000 Einwohner und mit 200 Mann Besatzung und 200 Pferden belegt. Dazu kommt, daß auch für die verbrannten Mauthausen Wohnungen bereitgestellt werden müßten. Die Verhandlungen auf Verminderung oder Verrückung der Besatzung blieben vollständig ergebnislos. Die Gesamtausgaben für Reparationen in Reutbad belaufen sich auf mindestens 2 Milliarden Mark. (Auf: Unerhöht!) In der Falsch sind 25 französische Garnisonen mit 28000 Mann Besatzung. (Hört, hört!)

Angenommen wird ein Nachtragsetat, wodurch der Finanzminister ermächtigt wird, für die notwendigen Aufkäufe von Auslands- und Inlandsgetreide Reichsbankguthaben bis zur Höhe von weiteren 300 Milliarden Mark auszuliefern. Dieser Kredit ist aus den Erträgen beim Verkauf des Getreides abzudecken.

Dann wird die Geschäftsordnung des Reichstags in zweiter Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Die neue Geschäftsordnung tritt am 1. Januar in Kraft.

Der Marine-Nachtragsetat wird unverändert angenommen.

Beim Nachtragsetat des Reichsministeriums des Innern weist Abg. Schreiber (Zent.) auf die große Not der deutschen Wissenschaft hin. — Abg. Frau Behm (D. N.) schlägt die stichtlichen und gesundheitlichen Räte des höchsten Gebiets. Unsere wirtschaftlichen Bedrücker wollen uns auch stichtlich herunterbringen. Unverträglich ist, daß die Zahl der öffentlichen Häuser im besetzten Gebiete noch im Wachstum begriffen ist. (Hört, hört!) Von der französischen Besatzungsbehörde werde jetzt sogar die zwangsweise Errichtung solcher Häuser betrieben. (Beifall.) Rednerin empfiehlt eine Entschädigung, die gegen diese Aufstände entschieden Verwahrung einlegt.

Nach längerer Debatte, in deren Verlauf die Kommunisten Heide mann und Maljahn zur Ordnung gerufen werden, bewilligt das Haus die Mittel für Maßnahmen zum Schutze der Republik gegen die Stimmen der Reichstags. Die Entschädigung, die die Länder auffordert, die Religionslehrer besser zu stellen, wird angenommen, ebenso die Entschädigung gegen die öffentlichen Häuser im besetzten Gebiet und die Entschädigung zugunsten der Wariburg. Danach wird der Nachtragsetat bewilligt. — Morgen kleine Vorlagen. Etat. — Schluß 6 1/2 Uhr.

Der Anschlag auf Maximilian Harden vor Gericht.

Berlin, 12. Dez. Vor dem gleichen Landgericht, das den Klante-Prozess behandelt, begann heute unter hartem Andränge des Publikums der Prozeß gegen den Landwirt Albert Weichardt und den Buchhändler Albert Wilhelm Grenz aus Oldenburg, die des Mordversuches und der Anstiftung dazu gegen Maximilian Harden angeklagt sind. Beide Angeklagte, die noch junge Leute sind, wurden aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Die Personalvernehmung ergab, daß Weichardt am 8. April 1900 in Oldenburg geboren und wegen schuldigener Tötung mit zwei Jahren Gefängnis unter Bewährungsfrist verurteilt ist. Grenz ist am 4. März 1897 in Wilhelmshaven geboren.

Der Angeklagte Grenz befand, er habe im März dieses Jahres einen Brief erhalten, in dem er befragt wurde, ob er bereit wäre, für die wilsche Sache etwas zu tun. Er solle hauptpostlagernd München antworten. Diesen Brief habe er Weichardt und Anfermann vorgelegt, der sich stark für eine Beantwortung einsetzte. Als die Antwort erfolgt war, wurde Grenz abermals anonym aufgefordert, sich nach Frankfurt a. M. zu wenden, wo er postlagernd weitere Mitteilung erhalten werde. Grenz erhielt in Frankfurt ein Schreiben mit näheren Anweisungen und 25000 Mark. In diesem Schreiben erklärten die namenlosen Absender u. a., die Amerikaner des Nordens müsse verhinert werden. Nach angeblicher persönlicher Nachfrage in München entschloß sich Anfermann, die Tat zu vollbringen. Grenz wurde nach der Tat auf Grund einer Anzeige verhaftet.

Es folgt dann die Vernehmung des Angeklagten Weichardt. Dieser gab an, daß er noch einem Unglücksfall, den er gehabt hätte (sahrlässige Tötung) keine ordentliche Beschäftigung finden konnte. Er beschäftigte im wesentlichen die Ausgaben von Grenz. Ueber die Tat selbst machte der Angeklagte Weichardt folgende Angaben: An der Tat selbst habe ich nicht teilgenommen. Wir folgten Harden auf der Rückkehr von einem Spaziergange. An einer Straßenecke bog ich, wie Anfermann mir befohlen hatte, ab und hörte gleich darauf die Schüsse Harzens. Ich war vollkommen verwirrt.

Auf verschiedene Vorhaltungen des Vorsitzenden bestritten sämtliche Angeklagte, die Absicht gehabt zu haben, Harden zu töten. — Rechtsanwalt Grünspan, der Rechtsbeistand des als Nebenkläger zugelassenen Maximilian Harden, forderte darauf die Ladung des Norwientenkapitäns Edler als Zeugen dafür, daß der Anschlag, den Grenz aus München erhielt, dahin ging, Maximilian Harden zu töten. — Darauf wurde die vollzogene Anklage des Grenz verlesen, der zu erwidern, daß er an Weichardt und Anfermann mit dem Anstehen herangetreten sei, Harden gewaltsam zu befehligen. Er habe seinen Auftrag sehr ernst genommen, weil dies seiner politischen Ueberzeugung entsprach. Er verurteilte die Juden, die sich wirtschaftlich und politisch zu Führern des deutschen Volkes auszuzeichnen hätten. Deshalb könne er die Tat nicht bezaubern, sondern er halte sie für die Ausföhrung eines Rechtspruches. Dann wurde in

die Beweisaufnahme

eingetreten. Zunächst wurden einige von der Verteidigung geladene Zeugen und Zeuginen für die Anwesenden vernommen. Dann wurde Maximilian Harden selbst vernommen. Er gab an, daß er am Abend des 3. Juli gleich nach 8 Uhr sich kurz vor seiner Wohnung befunden habe, als er plötzlich einen leichten häßlichen Schritt hinter sich hörte und im nächsten Augenblick einen furchtbaren Schlag auf den Schädel erhielt. Er sah noch, wie ein Blutstrom auf seine rechte Seite über den Strohhut, den er in der Hand hielt, spritzte. Dann fiel er zu Boden. Der Täter stellte sich mit beiden Händen auf seinen linken Arm und schlug dann mit einem Instrument, das einer Eisenkugel ähnelte, fortwährend auf seinen Kopf. Auf seine Schreie lief er dann nach dem achten Schläge von ihm ab und lief weg. Einen zweiten Mann habe er nicht erblickt. Harden gab noch an, daß seine geistige Kraft durch den Heberfall nicht gelitten hätte, daß er aber körperlich schwer geschädigt sei. Er habe die Hälfte seines Blutes verloren. Zum Schluß kam es noch zu einem kleinen

Zwischenfall

Der Vorsitzende repte an, auf die von beiden Seiten geladenen Zeugen über die publizistische Bedeutung Harzens, des Chefredakteurs des „Berliner Tageblattes“ Theodor Wolff und Professors v. Möllendorff zu verzichten, wenn man als wahr unterstelle, daß ein großer Teil der Bevölkerung die Tätigkeit Harzens als schädlich betrachte. Harden protestierte gegen diese Bemerkung durch erregte Gebärden und weckte dann, ohne sich von seinem Rechtsbeistand zurückhalten zu lassen, skandalös den Saal. Der Vorsitzende betonte hierzu, daß es ihm völlig fernliege, Harden zu beleidigen, daß er aber als politischer Schriftsteller selbstverständlich Gegner und Anhänger habe. — Das Gericht beschloß darauf, Chefredakteur Wolff und Professor v. Möllendorff am Mittwoch als Zeugen zu vernehmen.

Fünf Jahre Gefängnis gegen den Wiesbadener Regierungsdirektor Prange!

Ein neues französisches Gewalntreitel.

Mainz, 12. Dez. Unter Ausnutzung der Dessenlichkeit wurde gestern bis in die Nacht in siebenstündiger Sitzung vor dem Kriegsgericht des Generalstabs der französischen Rheinarmee gegen den Referenten der politischen Abteilung der preussischen Regierung in Wiesbaden Regierungsdirektor Dr. Prange und gegen den Kriminalkommissar der politischen Abteilung des Polizeipräsidiums in Frankfurt Ernst Stein wegen Spionage verhandelt. Die beiden Angeklagten wurden allerding zur Last gelegten Straftaten handlungen für schuldig befunden und darauf Prange zu fünf, Stein zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. (W. T. B.)

W. T. B. 513
Dresdener Nachrichten
Mittwoch, 13. Dezember 1922
Seite 3

CREME MOUSON

Creme Mouson ist das begehrteste und wirksamste aller Hautpflegemittel. Bei regelmäßiger Anwendung macht Creme Mouson die Haut gesund, elastisch, jugendfrisch, und verhindert die Bildung von roten Flecken.



Unebenheiten, Hautglanz etc. Die feine, diskrete Parfümierung überdeckt jeden Geruch der Transpiration. / Weitere Creme Mouson Erzeugnisse: Creme Mouson Seife / Creme Mouson Rasierseife / Creme Mouson Puder.

FABRIKANTEN J.C. MOUSON & CO. GEGRÜNDET 1798 IN FRANKFURT AM MAIN

Derliches und Sächsisches.

Gottesdienst zur Landtagsöffnung.

Der öffentliche Gottesdienst, der anlässlich der Landtagsöffnung gestern Mittag in der Sophienkirche stattfand, war besucht von vielen Fraktionsmitgliedern der drei bürgerlichen Parteien, von den Vätern des Evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums mit dem Präsidenten Dr. Böhme und einer Anzahl Dresdner Geistlicher. Auch die Einwohnerschaft war sehr zahlreich vertreten. Die eindrucksvolle Predigt, die der Landesbischof D. Jhmels hielt, war gerichtet auf das Bibelwort: „Ich will meinen Welt in Euch geben, daß Ihr wieder leben könnt.“ In entscheidungsvoller Stunde, so führte der ehrwürdige Geistliche aus, tritt der Landtag zu neuer Beratung zusammen. Je bedeutender aber die Stunde ist, um so mehr mag es sich anstrengen, sie durch Gottes Wort zu heiligen. Das entspricht auch gerade dem Sinn und Verständnis unserer Kirche. Die Reformation hat uns wieder belehrt, daß auch die natürlichen Ordnungen unseres Lebens Gottesordnungen sind. Das gilt auch von der Lebensordnung des Staates. Auch der Staat ist eine Gottesordnung und bedarf der Heiligung durch Gottes Wort. Daher ist es dankbar zu begrüßen, daß aus der Mitte des Landtages auch diesmal der Wunsch entstanden ist, die Beratungen durch einen Gottesdienst zu heiligen. Das Schriftwort lehrt ein großes schauerliches Gemälde ab, das der Prophet in den vorhergehenden Versen von dem in die Wälder geführten Volke Israel gezeichnet hat. Sind nicht auch wir Gefangene im eigenen Lande in der Hand der Feinde? Und auch wir möchten fragen, daß es aus mit uns ist. Aber wir haben einen Gott, der Wunder tut, und er ist auch heute imstande, seine Verheißung einzulösen, daß wir wieder leben sollen. Das ist Gottes wirklicher Wille, denn unter Gott ist nicht der Gott der Furcht und Fiktion. Er wird das deutsche Volk, das er wunderbar auf die Höhe geführt hat, nicht wieder herabwerfen, wenn es sich nicht selbst verliert. Aus dem Zusammenbrüche soll nach Gottes Gnade dennoch ein Neues hervorgehen. Vor hundert Jahren kam es zum Wiederaufleben, das Volk unter dem neuen Geist lebte. Vah und heute, daß er uns eine neue Zeit der Erweckung schenkt! Durch seine Gnade ist unser Volk nicht eine Abnahme, das und nur von innen heraus gelöst werden kann. Die Züchtigung eines großen Volkes ruht in der Religion. Gottes Verheißung, daß wir wieder leben sollen, ist nicht auszusprechen für die ferne Zukunft, sondern für die Gegenwart. Leben heißt, aus Gott leben. Vah uns heute im Gange Gottes, als Vertreter unseres Volkes, anrufen: Wir wollen nicht, daß Dein Name aus dem öffentlichen Leben oder auch nur aus den Schulen verschwindet. Wir wollen, daß Du der Herr unser Volkes bleibst, wie unsere Väter Dir gebührend haben!

Regierungsvorlagen an den Landtag.

Die Verlesung von Regierungsvorlagen für die Studentenschaft der Technischen Hochschule zu Dresden betrifft eine Vorlage des Ministerpräsidenten, nach der mit landtäglicher Zustimmung ein Beschluß des Landtages herbeizuführen ist, daß die Regierung ermächtigt wird, zur Befriedigung von Wünschen für die Studentenschaft an der Technischen Hochschule unter der Bedingung, daß die Stadt Dresden hierfür einen Beitrag in gleicher Höhe leistet, den Betrag von 4 Mill. Mk. sofort zu remittieren. Es ist beabsichtigt, sofort die Maschinenhalle B der Hochschule so auszubauen, daß sie neben der besser auszustattenden Halle die erforderlichen Aufbewahrungsräume und Verwaltungsräume, sowie angemessene und ausreichende Räume für die Studentenschaft enthält.

Eine weitere Vorlage betrifft die Veräußerung eines Grundstückes in Höhe von 50000000 Mark an die Graßi-Textilmehlfabrik A. G. in Leipzig. Um der Veräußerung Textilmehlfabrik die dringend notwendige weitere räumliche Ausdehnung zu ermöglichen, damit sie nicht von der mit ihr in höchstem Wettbewerb stehenden Graßi-Textilmehlfabrik überflügelt wird, soll auf dem der Stadt Leipzig gehörenden Gelände des Graßi-Museums ein neuer Wohnbau errichtet werden. Der Staat will hierzu das vorhandene Grundstück gemietet. Die Veräußerung des Baues wird im Frühjahr 1924 bestimmt erwartet, während bereits im Herbst und Herbst 1923 provisorisch in dem Bau Ausstellungsraum verfügbar gemacht werden.

Unter wirtschaftlicher Niedergang.

Bedeutliche Zunahme der Arbeitslosigkeit in Dresden. Die Lage auf dem Dresdener Arbeitsmarkt verschlechtert sich seit von Tag zu Tag mehr. Hatten Teuerung, Preisvermehrung, Kapital- und Rohstoffmangel schon bisher die Lage in vielen Gewerbe- und Industriezweigen so haben sich im November die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt durch den Beginn des Winters noch weiter ungünstig entwickelt. Die Landwirtschaft, die den Sommer über Hunderte und Tausende von Saisonarbeitern beschäftigt hatte, beklagt sich den Winter über mit wenig Gehülde, um die laufenden

Deutsche Rotgemeinschaft.

Zur Deutschen Rotgemeinschaft haben sich die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der gesamten deutschen Wirtschaft einschließlich der Beamten- und Angestelltenverbände vereint, um durch freiwillige Gaben in ganz Deutschland die Not des Volkes, namentlich der Alten, Invaliden und Witwen, zu lindern. Im Freistaate Sachsen wird der Landesauschuß die Sammlung bei den Mitgliedern der Organisationen durchführen. Um in Dresden all-Kreise zu erfassen, die nicht an die Organisationen abgegeben, hat sich der unterzeichnete Ortsauschuß gebildet, der gleichzeitig zusammen mit dem Fürsorgeamt die Verteilung aller auf die Stadt Dresden entfallenden Gaben regeln wird.

Alle Spenden, die dem Ortsauschuß zufließen, kommen nur Dresdner bedürftigen Einwohnern zugute.

Dresden, am 11. Dezember 1922.

Der Ortsauschuß der „Deutschen Rotgemeinschaft“.

Oberbürgermeister Bähler, Vorsitzender.

Un die Einwohnerschaft ergeht die dringende Bitte, durch schnelle und reiche Gaben in jeder Form, sowie durch Veranstaltungen zugunsten der Deutschen Rotgemeinschaft nach besten Kräften zum Gelingen des großen Werkes beizutragen und damit die von den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen am härtesten betroffenen Kreise der Einwohnerschaft, die einem schweren Winter und einem freudlosen Weihnachten entgegensehen, zu unterstützen.

Sämtliche öffentlichen Kassen, die Banken und die hiesigen Tageszeitungen nehmen Einzahlungen für die „Deutsche Rotgemeinschaft“ entgegen; Hauptkassenstelle des Ortsauschusses ist das Bankhaus Gebr. Arnold, Wallenhausstraße 20/22.

Die Geschäftsstelle des Ortsauschusses befindet sich im städtischen Fürsorgeamt, Landhausstraße 7/9, 2. Gesch., Zimmer 48, Tel. 25 061.

Arbeiten im Haus und im Stall zu verrichten. Das Bauwesen, das noch vor einigen Wochen dringenden Bedarf an Facharbeitern hatte, ist infolge der ankaltend kalten Witterung mehr und mehr zum Erliegen gekommen und nicht nur Maurer und Zimmerer, sondern auch das große Heer der Bau- und Erdbarbeiter und die Unzahl mit dem Bauwesen verbundener Berufe, wie Bauarbeiter, Maler, Klempner u. a., erscheinen wieder auf dem Arbeitsmarkt und suchen für die Wintermonate ein Unterkommen in anderen Vertrieben. Aber wohin mit diesen Arbeitskräften, wenn Privatbetriebe, staatliche und städtische Unternehmungen abzurufen sind. Die Zahl der von ihnen beschäftigten Personen auf ein Mindestmaß einzuschränken und die Unmöglichkeit der paraten Wirtschaftslage es fast unmöglich macht, ausreichend neue Unternehmungen anzulassen?

Der Dresdner Arbeitsnachweis, der die Stelle ist an der das Verhältnis zwischen Arbeitslosen und Arbeitsgelegenheiten unmittelbar zutage tritt, hat es nicht leicht, in solchen Zeiten seiner Aufgabe gerecht zu werden. Selbst oft mehrere hundert Arbeitslose eines Berufes auf die gemeldeten 10 oder 15 offener Stellen verstellen, muß die große Mehrzahl unbefriedigt bleiben, und diese künftigen zurückgelassen und benachteiligt. Ist nicht es da an der Einsicht, daß nicht der Arbeitsnachweis für diese Verhältnisse verantwortlich ist, sondern der ungeheure Druck der wirtschaftlichen Not, gegen den die einzelne Stelle machtlos ist.

Am letzten November waren auf dem Zentral-Arbeitsnachweis 5045 (4122) männliche und 4175 (3771) weibliche, zusammen 9220 (7913) Arbeitslose gemeldet. Gegenüber dem Bestand am 1. November bedeutet das eine Zunahme von 1807 Arbeitslosen. Der Anstieg auf offenen Stellen gegenüber dem Oktober beträgt im November 1500 (1770 gegen 9210). Entsprechend wurden 1400 Vermittlungen weniger getätigt als im Vormonat (5000 gegen 7420). Einschließlich des aus dem Vormonat übernommenen Bestandes nahmen also im November 15012 Personen den Zentral-Arbeitsnachweis in Anspruch. Außerdem meldeten sich noch 730 (312) Ausländer zur Kontrolle.

Von den 9220 Arbeitslosen am Schluß des Monats bezogen 1829 (1021) Erwerbslosen-Unterstützung, 170 wurden vom Fürsorgeamt unterstützt. Länger als sechs Monate waren 389 (156) arbeitslos.

Ein modernes Hüftenwerk im Film.

Vor einem größeren Kreise geladener Gäste, zu denen Ministerpräsident Buch und Arbeitsminister Rißau zählten, fand am Montag im Anschluß an die Donatierausstellung der Mitteldutschen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, in der der Geschäftsführer Herrmann a. D. Kühn einen Vortrag über die wirtschaftliche Lage Deutschlands gehalten und Bericht über die Tätigkeit der Gruppe gegeben hatte. Im Prinztheater eine Filmvorführung hielt. Im Beginn begrüßte der Vorsitzende Generaldirektor Dr. Wiede die Anwesenden und führte aus, daß sich in dem Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller die beiden Hauptklassen der Eisenindustrie, die Erzeuger und Bearbeiter, in allen sie gleichmäßig berührenden wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen die Hände reichen. Es finde man die Meinung vertreten, daß dieser Verein in der Hauptrolle ein Verband der Eisen- und Stahlzeuger sei. Das sei jedoch ein Irrtum. Gerade die mitteldutsche Eisenindustrie, deren Schwerpunkt in der verarbeitenden Industrie liegt, trete immer mehr in den Vordergrund, je mehr die gleichen Industrien

im Osten und Westen in ihrer Fabrikation beeinträchtigt würden, so daß sie auf eigenen Füßen stehen müsse. Für ein erfolgreiches Zusammenarbeiten der verschiedenen Zweige aus der großen Familie sei eine enge Fühlungnahme beider Kategorien dringend notwendig. Daher sei es zu begrüßen, wenn sich möglichst viele Werke in dem Verein zusammenschließen.

Der hierauf abrollende Film führte die Veranschaulichung in die Werke der Vink-Dolmann-Lauchhammer-A. G. und zeigte den Produktionsgang von der Rauhwalzmaschine bis zum Fertigprodukt. Zunächst konnte man den Veredlung eines Stahlbleches verfolgen. Zum Vertriebe eines Gürtelwerkes ist vor allem Rohle notwendig. Moderne Gürtelwerke belügen daher Guben, um aus der geforderten Rohle Gas und Elektrizität als Betriebsmittel zu gewinnen. Beim Tagebau dienen Riesenbagger zum Abräumen der Oberfläche. Die darunter liegende Braunkohle wird zu Breiwerk verarbeitet. Den Heberbüchsen der aus der Rohle gewonnenen elektrischen Energie führt eine Heberlandstraße hinaus. Die Stahlherstellung geschieht durch Einschmelzung von Roh- und Altstahl, das durch Elektromagnete in den Siemens-Martin-Ofen transportiert wird. Hier wird der Stahl mit Regenerationsgas aus Luft bei über 2000 Grad Hitze geschmolzen. Ist der Guss zum Abgießen bereit, so wird er in Kokillen zu Blöcken gefüllt. Der zweite Akt führt die Verarbeitlung der Stahlblöcke zu großen Deckenblechen und zu Platten vor. Man sah die wieder angewärmten Stahlblöcke auf gewaltigen Walzenstrahlen sich in lange Weiche verwandeln. Der dritte Akt zeigte die Entstehung von Stahlröhren. Weiter konnte man Eisenbahnräder und ihre Achsen entstehen sehen, wobei bemerkt sei, daß jeder Radlauf zur Vermeidung von Ungleichheiten von Staatsbeamten auf Millimetergenauigkeit geprüft wird. In den letzten letzten Teilen wurde in sehr anschaulicher Weise die Kunst des Bronzegusses und des Gießens gezeigt. Das Filmwerk gewährte nicht nur einen fesselnden Einblick in den Hochstand unserer industriellen Entwicklung, es zeigte auch deutlich, wie der Eisen- und Stahlzeuger mit dem Verbraucher Hand in Hand geht.

Die Stadtverordneten beraten in ihrer Sitzung morgen, Donnerstag, u. a. über die Erhöhung der Pflanzsteuer, sowie der Gebühren für Straßenreinigung in den städtischen Krankenhäusern; Bericht des Reichsausschusses über den Antrag Schrapel betr. die Zusammenfassung der bestehenden Ausschüsse entsprechend der des Stadtverordnetenkollegiums; über die Erhöhung der Grundbesitzsteuern; über den Antrag Dr. Hartwig u. Gen. betr. die Aufhebung von Radfahrwegen.

Neuerscheinung

Langenscheidts Fremdwörterbuch

enthaltend alle weniger bekannten deutschen Ausdrücke, sowie die gebräuchlicheren bis in die neueste Zeit hinein bei uns in Aufnahme gekommenen Fremdwörter mit Erklärungen und Angabe der Aussprache nach dem phonetischen System der Methode Toussaint-Langenscheidt. Unentbehrlich für jeden Zeitgenosse! Eleg. Ganzleinenband | Taschenformat | Durch jede Buchhandlung zu beziehen u. direkt von der Langenscheidtschen Verlagsbuchh. (Prot. G. Langenscheidt) Berlin-Schöneberg, Bahnh. 29/30, Geogr. 1/56

Moderner Einakter-Abend in der Oper.

Vorrede.

Die einen hatten einen Theaterstempel prophesiert, die anderen ein Ereignis. Es kam zu keinem von beiden. Man flüchtete wie man in der Dresdner Oper immer flüchtete, Niemand sieht auch wo jemand. Aber das Ohr war zu betäubt, um es unterscheiden zu können.

Wörter, Hoffnung der Frauen.

Eine dramatische Skizze von Hofschla. Was Skizze — höchstens der Wille zu einer solchen. Der Kampf der Geschlechter in malerisch expressionistischer Symbolisierung. Ob man's verstehen kann? Güter Vorwand jedenfalls zum Aufheben. Zum dramatischen und theatralischen Aufheben. Undemits hat dazu als hartes Talent multiziert. Schwankt noch ein wenig zwischen Mendelssohn und Schönberg. Aber er hat was in sich. Fabelhaft hilfsamie Infanterierung durch Hartmann und Hafat nach Hofschla. Ob man jede Einzelheit der Bilder verstehen kann? Das flüchtigt allenfalls, aber zum Beispiel das nackte Bein am Protagonisten? Die Fort und Para tragen als starke Gestalten den Einrud. Buch musiziert wundervoll mit dem Orchester. Starker Beifall.

Aliechino.

Zu lang, zu lang! Sonst nett. Gekostet. Für Feinschmecker was. Die Tönen der Singschmelde in bekannten Szenen durchdringendgewirbelt. Darleim entführt eine Schneiderfrau, wofür ihm Colombina von einem Junker abzurufen gemacht wird. Tottore, Abbate und noch ein Gesell sind dabei. Dante wird nicht, Mozart verblümt, Donizetti parodiert. Nur Donizettis melodisches Genie vermisst man, denn die Musik ist von Bufoni. Velchies, spakiges, geschwelliges Orchester vor allem. Zaegemann schauspielt als Aliechino gänzend, die Schuch in Colombina und die anderen sind auch gut. Aber zu lang, zu lang. Man kann nämlich auch zu lang gut sein. Buch musiziert wundervoll mit dem Orchester. Sehr freundlichen Beifall.

Peinliche.

Der russische Kufenpiel (— wenn man ins Orchester hört —), die russische Puppenfee (— wenn man auf die Bühne sieht —), Eine Kaiserliche. Tenn Peinliche-Peterden-Kaiser! Zwei eiferfüchtige Automaten kämpfen um die Gunde ihrer Automatenkollegin. Russischer Jahrmarkts-rummel drum herum. In der Musik von Strawinski (aus dem Jahre 1911 schon!) Drehorgelmelodien und Donner-walzer gepaart mit höchstem klassischem Raffinement und famulischer Wildheit. Eufi Dahl als guter Welt über dem Ganzen schwebend. Zufel Dombold, Kreideweiß, Wink ent-

stehend ruhige Automaten. Buch musiziert — siehe oben! Döckst freundlicher Beifall.

Nachwort.

Das schreiben die von Aliechino apostrophierten Herren Zeitungskritiker morgen als wohlgestimmte Richter — also, um nicht zu viel zu versprechen: kurz, sie schreiben's. Dr. Eugen Schmitz.

Kunst und Wissenschaft.

† Dresdner Theater-Spielplan für heute. Opernhaus: „Der fliegende Holländer“ (1/28); Schauspielhaus: „Und Pippa tanzt“ (1/28); Reichstheater Schauspielhaus: „Die Blauelstern“ (1/24); Kameraden (1/28); Residenz-Theater: „Der Edelweißkönig“ (1/24); „Der Bettelstudent“ (1/28).

† Mitteilungen der Sächsischen Staatstheater. Opernhaus: Donnerstag 17: Erste Wiederholung des Einakter-Abends: „Wörter, Hoffnung der Frauen“, „Aliechino“, „Peinliche“, unter der musikalischen Leitung von Fritz Busch, der Spielleitung von Georg Hartmann und der choreographischen Leitung von Eufi Dahl („Peinliche“). Besetzung wie bei der Erkaufführung. Sämtliche Plätze müssen vor Beginn der Vorstellung eingenommen werden.

Schauspielhaus: Mittwoch (1/28) nächste Wiederholung des Glashüttenmachers „Und Pippa tanzt“ in der Fassung der Erkaufführung.

† Von der Dresdner Staatsoper meldet Wolffs Sächs. Landesdienst: Der Tenorbullo Hans Lehner vom Stadttheater in Halle a. S. ist vom Beginn der nächsten Spielzeit ab an die Staatsoper verpflichtet worden. — Oberbürgermeister Dr. Georg Hartmann von der Leitung der Staatstheater ist vom 20. Dezember bis 1. März als Gastregisseur nach Barcelona beurlaubt worden. — Für die geplante Reinszenierung von „Haus Oetting“ im Februar wurde Professor Hans Fikner verpflichtet.

† Technische Hochschule Dresden. Die Vortragsreihe des Vorlesenden Dr. August Althardt findet Donnerstag 19., mittags 12 Uhr, im Hofsal 77 statt. Thema: „Ueber die Funktion geschlossener optischer Glaslinsen“.

† Veranstaltungen. Heute Mittwoch 18 Uhr im Palmengarten Sammelkonzert des Schachklub-Bezirksvereins; — in der Hauptmannschaft: Gesellschaft für Literatur und Kunst (Vorlesung Ponto).

† Wiederabend. Mit gewöhnlichem Programm, das neuzeitlichem Schaffen Betonung gab, stellte sich Corza Vera als Wiederfängerin vor. Sie besitzt recht ansprechende Sopranmittel, die sie freilich nicht völlig in der Gewalt

hat. Im piano kam nicht alles tonrein, und das Wiederabnehmenlassen bewies, daß der Ausgleich der Klangzonen namentlich in höheren Lagen noch nicht reiflich erreicht ist. Auch in der Reingung zum Tremolo zeigten sich Spuren von nicht abgeschlossener Stimmbildung. Lebend anerkannt ist die der Wortbehandlung zugeleitete Sorgfalt. Dem Vortrage konnten einige Warmgrade nichts schaden. Er mutete zu einseitig an. Es fehlte an Steigerung an Charakteristik. Außer mehr oder weniger bekannten Gesängen von Brahms, Reger und Strauß bot die Künstlerin Vleder von J. G. Raccael, dessen melodisch und harmonisch fesselndes „Wienelied“ eine hervorragende Gabe darstellte, die sie mit viel Feinheit herausbrachte. Weiterhin kamen zur Erkaufführung Beilen von dem Münchener Komponisten Siegfried Kallenberg, der nicht gerade durch Reichum an Erfindung blendet und dessen Klangsprache zu geläufiger Eigenart neigt. Am besten gefiel durch Freiheit der Stimmung der recht gut gefungene „Traum“. Am Schluß kamen die ebenfalls erhmlich nebotenen indischen Kinderliedchen aus „Der zunehmende Mond“ (Mitter und Kind) von Rabindranath Tagore in der Vertonung von Karl Vothar, der der Sängerin als Begleiter ein musikalisch recht sicherer Führer war. Die fünf Klavierbilder bieten geschickt gemachte Stimmungen mit fortdauernden Einzelheiten. Ihr Schöpfer verfügt über geschmackvolle Konstruktionsmittel und bewegliche innere Schankraft. Die Eigenart der Dichtung veranlaßte ihn, vom melodischen Schwingen abzugehen und bisweilen mehr zum Sprechgesange zu greifen. Die Reusheiten fanden warme Aufnahme.

† Autorenabend des Max-Verlages. Im Brüstsaale hielt der Max-Verlag, Dresden, einen Autorenabend ab, dessen geringer Besuch allerdings äußerst enttäuschend war. Außer der Kritik waren wohl zehn Personen da. Das Hauptstück war die Vorlesung des Sonettensatzes „Das Blut“ von Fred Antoline Angermeyer. Wie kommt zu dem banalen Familiennamen ein englischer und ein französischer Vornamen? Ob wohl ein Substantiv jemals sich Euen Heinrich Vörter nennen würde? Was ist vom Neuhäuser Schauspielhaus das die Verse nicht ohne Verständnis, wenn auch im Grunde unverständlich. Die reiche, an romantischen Vorbildern nicht nur in der Strophenform gebildete Sprache verdeckte einiges von der Gewandtheit der anschaulichen Schilderung des ersten einamen Weidlichberetenen eines Mädchens; aber auch der Klang dieser Verse schien nicht immer ganz echt. Wo auf den harten Vorreim „rafen“ der schwache, nichtbedeutende Nachreim Ekstasen kommt, da scheint wenigstens nicht das Beste der Sprache aus künstlerischem Erleben des Stoffes geflossen zu sein. Der Dichter selbst las eine dramatische Vision „Raumsturz“. Es ist nicht

Wünsche der sächsischen Gemeinden an den neuen Landtag.

Aus der Vorstandssitzung des Sächsischen Gemeindefages.

Die Geltung der Eisenbahn für aufbewahrtes Sand, wird ab 1. Januar 1923 auf den Höchstbetrag von 3000 M. erhöht.

Landung eines Wasserflugzeuges in Dresden. Am vergangenen Montag ist oberhalb der Albertbrücke ein Wasserflugzeug der Junkerwerke Dessau gelandet. Das Flugzeug stellt den neuesten Typ der Wasserflugzeuge dar. Es war im Sommer an dem italienischen Wettbewerb in Neapel beteiligt und hat dort die deutschen Farben siegreich gegen internationale Konkurrenz vertreten. Das Flugzeug wurde ebenso wie in Italien von Herrn Rimmermann gesteuert und wird voraussichtlich einige Tage in Dresden liegen bleiben.

Eine 10 000-Mark-Spende für die Volksgemeinschaft hat Herr Bruno Wille in unserer Hauptgeschäftsstelle niedergelegt.

Ein großes Wohltätigkeitsfest in Dresden. Die hiesigen Konsule der auswärtigen Mächte unter Leitung des Generalkonsuls der Tschecho-Slowakei veranstalten am 20. Dezember eine große Festlichkeit mit Ball, die ein gesellschaftliches Ereignis zu werden verspricht und deren Ertrag für wohltätige Zwecke bestimmt ist, um der Armut zu helfen, die sich infolge der großen Teuerung besonders in Dresden bemerkbar macht.

Der „Hammer“ bleibt verboten. Die Verhinderung des Verlegers Theodor Krüsch gegen das vom Leipziger Volksrat erlassene Verbot der Zeitschrift „Der Hammer“ wurde vom Staatsgerichtshof verworfen.

Neumenntakademie Dresden. Die Vorlesungen von Professor Dr. Schanack am 14. und 21. Dezember sollen wegen Erkrankung des Vortragenden ausfallen.

Vereine und Veranstaltungen.

Deutschböhmischer Jugendbund. Heute, Mittwoch, 13. 11. 1922, 8 Uhr, Kaufmann Brandt; Lichtbildervortrag über Rumänien.

Gewerbeverein. 13. 11. 1922, 8 Uhr, Vortrag: „Aus der Arbeiterbewegung.“

Freie Volkshochschule. Vortrag, 8. 11. 1922, 8 Uhr, im großen Saal des Trinitatis-Parkhauses: Vortrag des Herrn Probst: Die natürliche religiöse Veranlassung, ein Beitrag zur Religionswissenschaft (Epochehistorie). Mittelschule, Eintritt frei.

Band der Auslandsdeutschen, Ortsgruppe Dresden. Freitag, 10. 11. 1922, 8 Uhr, Hotel Stadt Petersburg, Theaterabend mit Tanz.

Altenheim. Unhaltbare Zustände in der Stadtverwaltung ergeben sich hier durch die beharrliche, aber berechnete Weigerung der bürgerlichen, zu einer wirtschaftlichen Vereinigung zusammengefügten Gemeindevereinter, an den Sitzungen teilzunehmen, solange ihnen nicht Vergütung gezahlt worden ist für einzelne Mitglieder ungenügend. Auch die für den 8. Dezember anberaumte Stadtvorordnungsung mußte vertagt werden, weil außer den Mitgliedern der Wirtschaftlichen Vereinigung noch zwei Stadtvorordnete fehlten und dadurch die Beschlussfähigkeit herbeiführten. Der am Bürgermeister von Altingenthal gewählte Verdauer Stadtschreiber Dr. Friedrich Buchwald hat übrigens mitgeteilt, daß er das Amt nicht annehmen könne.

Werdau. Mit welcher Gewalt der Sturm in der Nacht zum Freitag auch hier gewütet hat, hat sich am Grundstück der Sächsischen Waggonfabrik gezeigt, wo gegenwärtig ein Neubau errichtet wird. Die beiden Gebäudemauern des Neubaus wurden umgerissen und Teile der oberen Dachkonstruktion verbogen. Glücklicherweise ist dabei niemand verunglückt.

Rohrweil. Der hiesigen Stadtgemeinde wurden vom Ehrenbürger der Stadt, Kammerrat Oswald Kanvert, aus Amerika 20 Dollar (mehr als 400 000 M.) für wohltätige Zwecke überwiesen.

Aus der Geschäftswelt.

Anderszeichnung. Der hiesigen Niederlage der Messfelsen Messfelsen wurde bei der Landes-Vollversammlung für den vorliegenden Zeitraum auf dem Gebiete der praktischen und bürgerlichen Abrechnung die Goldene Medaille verliehen. Um allen Ausführenden Gelegenheit zu geben, sich von der Wichtigkeit dieser Auszeichnung zu überzeugen, läßt die Firma wiederholt Vorträge mit praktischen Vorführungen von einer Kassette abgeben.

Die geistige Ausgabe der Dresdener Nachrichten enthält eine Beilage: Die Wahrheit über das Bier. Die Brauereien verzehren kein Brotgetreide. Darin wurde ausführlich unter Berufung auf wissenschaftliche Autoritäten Aufschluß über die Bedeutung des Bieres und Alkohols für die menschliche Ernährung gegeben.

Allmähliche Behauptungen.

Ausstellung.

Die Lieferung von Granit-Steinplatten 1. Sorte, 9-11 Zentimeter hoch und 100-144 cm breit, und zwar: 100 I = 250 t für Wannwitz und 100 II = 100 t für Altdorf, soll vergeben werden. Schriftliche Angebote auf 10 t frei Verladung sind bis zum 15. Dezember 1922, vormittags 11 Uhr, dem Leitenden der Eröffnung, dem Straßen- und Wasserbauamt Dresden II einzureichen. Stellung für die Preisabgabe: 10. 12. 1922. Aufnahmefrist: 3 Wochen. Auswahl unter den Bewerbern und Abrechnung der Angebote vorbehalten.

möglich, nach dieser Vorstellung die dramatische Bedeutung dieses Werkes zu erkennen; aber schon der Titel enthält einen Hinweis auf die mühevollen Konstruktion des Ganzen. Einmal drückte sagte die dargebotene Musik Bruno Wagners zu Gedichten Angermeyers und H. F. Wegners an, die Max Walden sang und Herbert Käfer begleitete und in drei Akkorden vortrug. Die illustrative Gestaltung zu den Gedichten war stellenweise charakteristisch wie japanischer Holzschnitt; Zweifel an der Unmittelbarkeit des künstlerischen Schaffens brachten allerdings auch hier Einzelheiten, wie etwa, wenn dem Komponisten zur Beachtung des trostlosen Wanderns in dem sonst auf deutbaren Regenergebiet nichts anderes zu Gebote steht, als ein paar Tonverbindungen aus der Ganztonleiter.

Tanzabend. Die „Tounee Anna Wilström in Del mit Lov“ gab am Montag im Vereinshausaal einen Abend in Dresden. Da der Begleiter Herbert Jäger erkrankt war, sprang Prof. Karl Brecht in letzter Stunde ein und „Angerte“ die Sache mit der ihm eigenen schlagfertigen Elastizität. Dabei hatte er sogar noch Zeit gefunden, ein paar hübsche Scherchen von Schubert, Schumann, Chopin als Solovorträge auszusuchen, und erzielte damit nicht weniger Erfolge, als die Tanzgäste von der Stockholmer Oper. Ja so, die Tanzgäste. Da kann man sich kurz fassen. Tänzerisches Erleben war nur in Del mit Lov. Er ist offenbar an großen russischen Vorbildern herangelehrt, bringt frei und ausdrucksvoll die langen Glieder und bracht neben einem treffenden „Narren“ und „Darflein“ eine Tanzdichtung „Evangelium“ nach Chopin's „Nocturne“, die in Formen der Frührenaissance sogar religiöses Empfinden zu vermitteln vermochte. In den Duos mit seiner Partnerin war er ebenfalls der Stärkere. Anna Wilström tanzt gutes altes Ballett, aber ohne Leichtigkeit und Grazie, und wo sie barfuß mimte, fand sie mit der Musik in innerem Widerspruch. Als ein Glanzstück halbierte noch im Gedächtnis die wunderbaren Kostüme von Professor Hans-Bene.

Nachwachen zum Berliner Schauspielerfest. Der Verband Berliner Bühnenleiter hat beim Präsidium des Deutschen Bühnenvereins beantragt, Direktor Victor Barnowsky wegen unvollständigen Verhaltens während des Schauspielerfestes aus dem Deutschen Bühnenverein auszuschließen.

Ausstellung Berliner Sezession.

Die Berliner Sezession hat diesmal in der Galerie Ernst Arnold in Dresden Zusucht gefunden, da sie zuerst in Berlin heimlich ist, weil dort ihre Ausstellungsräume umgebaut werden. Führer dieser Künstlervereinigung ist jetzt Louis Corinth, der mit Recht auch

Abänderung des Landesgewerbefeuergesetzes.

Das Sächsische Finanzministerium plant, dem neu zusammengetretenen Landtage einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Landesgewerbefeuergesetzes vorzulegen. Der Vorschlag zu einer solchen Novelle ist schon während der vergangenen Landtagsperiode vom Sächsischen Gemeindefages ausgegangen. Die in Anwesenheit der Vertreter des Finanzministeriums, Ministerialdirektor Lorenz und Regierungsrat Dr. Schwede, erfolgte Besprechung seitens in den wesentlichen Punkten folgendes Ergebnis:

Bei der gegenwärtigen Finanzlage ist die Beschränkung des Zuschlagsrechtes für die Gemeinden zur Landesgewerbefeuerversteuerung nicht mehr aufrechtzuerhalten. Die finanziellen Verhältnisse haben sich bedauerlich ungünstig für die Gemeinden verschoben, das ist durch ein beschleunigtes Notgeld die Beschränkung des Zuschlagsrechtes auf jetzt 25 Prozent besetzt werden muß. Diese Erhöhung der Zuschläge ist noch mit Rücksicht auf das laufende Rechnungsjahr schwebend. Gegenüber prüflichen und auch thüringischen Verhältnissen ist die sächsische Gewerbesteuer nicht in genügendem Maße angepaßt worden. Im übrigen ist der Gedanke aufrechterhalten, daß die Gewerbesteuer ihrer ganzen Art nach eine reine Gemeindesteuer sein muß, und daß daher der jeweilige Weg, wonach die Gemeinden lediglich 50 Prozent der gesamten Staatssteuer erhalten, aufgegeben werden muß. Daraus folgt weiter Freiheit der Gemeinden in der Anwendung der Gewerbesteuer, und zwar in der Form, daß die Gemeinden wohl an die Veranlassung und die Höhe der staatlichen Gewerbesteuer gebunden, im übrigen aber völlig frei sind. Die im bisherigen Gesetz vorgesehene Freizurücknahme haben sich zu hoch erwiesen. Tatsächlich hat im Durchschnitt 50 Prozent aller Gewerbetreibenden durch diese Bestimmung über die Abgrenzung von der Steuer freigeblieben. Es ist deshalb notwendig, daß, wenn auch mit Rücksicht auf die fetter eingetretene harte Geldwertverminderung eine gewisse Veranschlagung der Abgrenzung anzuwenden ist, doch auch die kleinen Gewerbetreibenden zur Steuer herangezogen werden müssen. Sehr beachtenswert erscheint das in Dresden und Leipzig gehandhabte System, wonach jeder Gewerbetreibende eine gewisse Summe, die als Unternehmerlohn anzusetzen ist, vom Ertrage kürzen darf. Dadurch ist auch eine Möglichkeit gegeben, die freien Berufe, wie Ärzte, Rechtsanwälte usw., angemessen zu berücksichtigen.

Diesbezüglich der Steuerfrage wurde noch keine Entscheidung gefaßt. Eine Korrektur der zu niedrigen Höhe würde durch eine Erhöhung der gemeindlichen Zuschläge in gewissem Umfang von selbst eintreten. Bei der Zusammenkunft der Steuerkommissionen ist darauf zu achten, daß der Einfluss der Interessenten selbst nach Möglichkeit ausgeschaltet wird.

Sehr kritisch war die Frage, ob auch in Zukunft der Zuschlag für die Gemeinden durch Zuschüsse aus der Gewerbebesteuerung gedeckt werden soll. Die Mehrheit des Vorstandes sprach sich dagegen aus. Endlich wurde noch der bereits früher dem Finanzministerium zum Ausdruck gegebene Antrag erneuert, den Bezirksverbänden die Erhebung der Gewerbesteuer insoweit zu gestatten, als das den Gemeinden zuzehende Zuschlagsrecht von einzelnen Gemeinden nicht voll ausgenutzt wird.

Weiter wurde eine umgehende, den veränderten Verhältnissen entsprechende Abänderung des sächsischen Grundsteuergesetzes für notwendig erachtet. Hinsichtlich der Verwaltung der Grundsteuer wurde davon Kenntnis genommen, daß nach § 40a des geltenden Reichsgesetzes vorliegenden Entwurfes eines Gesetzes zur Abänderung des Grundsteuergesetzes der Reichsfinanzminister auf Antrag einer Landesregierung die Verwaltung der Grundsteuer bei der Landesregierung beziehenden Behörden zu übertragen hat. Teil der Entwurf in dieser Hinsicht, wie bereits vom Reichswirtschaftsrat und Reichsrat, auch vom Reichstagsrat angenommen wird, ist der um die Verwaltung der Grundsteuer von den Gemeinden geführte Kampf zu ihren Gunsten entschieden, vorausgesetzt, daß die sächsische Regierung sich den erneut zu stellenden Anträgen der Gemeinden auf Rückübertragung der Verwaltung der Grundsteuer nicht verweigert.

Die Gemeinden, die unter der Geltung des Grundsteuergesetzes von 1813 als Ortsteuerbehörde bestellt waren, haben die Grundsteuer und Grundsteuerkataster auch weiterhin zu führen und zu verwalten. Weder in dieser Verordnung, noch in dem vorliegenden Entwurf einer Grundsteuerordnung ist von einer angemessenen Entschädigung der Gemeinden die Rede. Diese Forderung soll nachdrücklich erhoben werden.

Den Gemeinden ist weiter empfohlen worden, für den Fall, daß staatliche Finanzämter eine Mittelfür die Gemeinde-

behörden bei der Ablieferung der Steuermarkenblätter für das Kalenderjahr 1923 fordern, diese Markten abzugeben, da diese nach der ausdrücklichen Anordnung des Reichsfinanzministers nicht in Frage kommen kann.

Das Ministerium des Innern hat dem Sächsischen Gemeindefage einen Gesetzentwurf vorgelegt, wonach in allen Gemeinden über 2000 Einwohner eine

Beherbergungssteuer

zu erheben ist. Das Gesetz soll auch gelten für Kur- und Badeorte, die weniger als 2000 Einwohner haben. Für sonstige Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohner soll die Erhebung der Steuer zugelassen sein. Der Vorstand spricht sich dahin aus, daß kein Antrag gestellt, erneut auch auf diesem Gebiete in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden einzugreifen. Das Ministerium ist inzwischen gebeten worden, höchstens auf Möglichkeiten zuzukommen, die im Einvernehmen mit dem Sächsischen Gemeindefage vom Ministerium des Innern zu erlassen sein würden.

Auch gegen den vorliegenden Gesetzentwurf über die

Vollzugsbeamten der staatlichen Ordnungspolizei

wird scharfer Widerspruch erhoben. Nach dem Entwurf dürfen die Gemeinden die Stellen des Vollzugsbeamten nur mit Vollzugsbeamten der staatlichen Ordnungspolizei besetzen und Veränderungen in der Zahl der Beamtenstellen des Ordnungspolizei- und Verwaltungs-Polizeidienstes nur mit Genehmigung des Ministeriums vornehmen.

Weiter soll die sächsische Regierung ersucht werden, für eine umgehende Erhöhung der Höhe der Erwerbslosenunterstützung beim Reiche einzutreten, in wesentlicherem Umfang.

Notstandsarbeiten des sächsischen Staates

vorzusehen und dahin zu wirken, daß die Vorschriften über die produktive Erwerbslosenfürsorge geändert werden. Vor allem soll die Bestimmung beseitigt werden, daß 3 pro Mille der Bevölkerung arbeitslos sein dürfen, ehe die Hilfe des Reiches überhaupt gewährt wird, und daß ferner z. B. Wohnungsbauten und Arbeiten an Sport- und Spielplätzen nicht bezuschlagt werden. Auch sollen in möglichst weitem Umfang an solche Betriebe, die vor der Einstellung stehen, Staatsaufträge erteilt werden.

Endlich wurde beschlossen, bei der Regierung eine entsprechende Regelung hinsichtlich der von den Gemeinden verwalteten zahlreichen kleinen Stiftungen in der Weise zu beantragen, daß die betreffende Gemeinde unter möglicher Anlehnung an den Stiftungszweck beschließen kann, die kleineren Stiftungen zu

Sammelstiftungen

zu vereinigen und die Erträge in großen, dem heutigen Geldwerte entsprechenden Summen zu verteilen, wie dies Bayern durch ein Gesetz vom 22. Mai 1919 bereits getan hat.

Bankhaus Bondi & Maron

Dresden
Sruvestraße 5, nächst der Prager Straße
Fernsprech-Sammelnummer 3307
Für fremde Währungen: 1342, 1306.
Annahme von Börsen-Aufträgen für alle deutschen Börsen.
An- und Verkauf von Wertpapieren
Isthaftverwerten, Pfandbriefen, Industrie-Obligations, Aktien.
Errichtung provisionsfreier Scheckkonti.
Kontokorrentverkehr
Gewährung von Krediten.
Aufbewahrung und Verwaltung von offenen und geschloss. Depots
in feuer- und einbruchssicherer Stahlkammer.
Vermietung von feuer- und einbruchssicheren Schrankkladiern (Sales) in unserer nach allen technischen Errungenschaften der Neuzeit erbauten Stahlkammer.
Geldwechsel zu kolonialen Kursen.
Geschäftszeit von 9-1 und von 3-4 Uhr.
Wechselstube: Wiener Platz 10.

eines Bodensieders von Paul Paefcke stammt aus einer schönen Zeit des Wohlstandes an hiesiger Bunter des Lebens, die aber in dem in seinem „Brodreiter“ und dem „Treppe“ rein in die dekorative Kunst an farbigen Nadelwirkungen ausgelassen hat. Das Gemälde dazu bilden jedoch strenge und ernste Bilder wie Max Lieberich „Schöpfung in Oberlichten“, Hugo Krauss „Fabriklandschaft“, Elsa Hoffmanns „Strand von Ströngsdorf“, Erich Büttner hat von dieser Zeit auch von ihm angelegten Zuchtlichkeit noch Spuren in dem ziemlich realistischen Strandbild, das mit seinen Figuren klar illustriert wirkt, während sein „Phantasielied „Der Garten der Zeit“ inhaltlich etwas allegorisch und lahm und auch malerisch unklar ist.

Ein paar Landschaften vermitteln den Uebergang zu neuerzeitlicher Bildform. Robert A. K. Scholtz gibt zwei Landschaften in der Welt in einer blühenden, leuchtenden Schönheit des weiten Himmels, — wundervoll poetische Naturdarstellungen. Bruno Krauskopf malt Vorkühlung und Frühling in einem verträulichen, stehenden Spiel von Lichtern und Schatten, sehr festlich aus der Natur herausgearbeitet und bildhaft akzentuiert. Franz Deckendorf hat starken Zirkel in der Landschaft, sowohl in der linearen Gliederung des Gartenbildes, wie in der farbigen Gegenständlichkeit der Seelandschaft mit dem frischen Weiß der Birken im Vordergrund und dem erdigen Blau des Hintergrunds. Wilhelm Koblhoff „Landschaft mit Brücke“ stellt schon ganz in der modernen Weise, nach der die Natur wie eine „Materialisation“ schemenhaft wirkender geistlicher Kräfte ausstrahlt, er scheint. Doch überlagert dieses Bild mehr als Koblhoff „Stilleben mit Frau“ in der vertraulichen Bekanntheit und verdichteten Verwickelung.

Von bekannten Modernen ist Josef Ebera mit der „Krauskopf“ recht schwach, mit der „Felsenkirche bei Amali“ stärker vertreten. Robert Genin stellt zwei kleine Mutterbilder in seiner abgerundeten Weise bei. Das Hauptstück liefert Willy Jaedel, dem schon manches Monumentale gelang, mit einem großartigen „Lebenspaar“, das monumental und visionär zugleich sein soll, aber viel zu lebensnah und nüchtern geraten ist. Die untere Hälfte des Bildes ist ganz realer Art und die obere fette Ekstase nach dem neuen Neut. Da strahl aus dem in durchsichtiger Weise gemalten Antizip der gelunden Blondine von Jaedel viel mehr visionäre Kraft. Ueberhaupt scheint die wirkliche Fähigkeit der Gemälde, eine ein Programm des Neuen, sehr erschwärt. Arons „Trübe Landschaft“, ein Bild, auf dem prototypische Gestalten in verregten Gärten sich aus der Nüchternheit ihrer Umwelt vergeblich loszureißen streben, ist ganz schwunglos und ver-

Str. 513
Mittwoch 13. Dezember 1922
Greßner Nachrichten
Seite 9

Der Freundesmord in den Radeburger Wäldern.

Wortprotokoll Schühbold-Klunker.
 Wegen Mordes und Verleumdung verhandelte das Schwurgericht Dresden am Dienstag gegen den am 10. Dezember 1922 zu Thierbach bei Borna geborenen Badermeister Ernst Klunker Schühbold und gegen die aus Gohlis gebürtige Badermeisterwitwe Rosa Klunker Klunker mehrere Große. Beide befinden sich seit Mitte Oktober in Untersuchungshaft. Die Anklage legt Schühbold vor, Klunker habe ihn am 12. Oktober in der Radeburger Straße in Dresden erschossen. Klunker bestreitet die Anklage und behauptet, er habe Klunker am 12. Oktober in der Radeburger Straße in Dresden erschossen.

Klunker hat Klunker in der Radeburger Straße in Dresden erschossen. Klunker bestreitet die Anklage und behauptet, er habe Klunker am 12. Oktober in der Radeburger Straße in Dresden erschossen. Klunker hat Klunker in der Radeburger Straße in Dresden erschossen. Klunker bestreitet die Anklage und behauptet, er habe Klunker am 12. Oktober in der Radeburger Straße in Dresden erschossen.

Regenvernehmung.
 Ein es wurden zunächst die drei Radfahrer, Dampfhammerführer Hoffmann, Kleiber Biella und Arbeiter Seibel, sowie anschließend daran Wilmert Töpel und Krankenhauseinspektor Niebla aus Radeburg abhört.

Ein Todesurteil.

Die Geschworenen bejahten nach längerer Beratung die Schuldfrage des Schühbold auf vorsätzliche, mit Verleumdung angelegter Mord, und bei der Klunker auf Beihilfe zu diesem schweren Verbrechen. Das Urteil lautete demzufolge bei

Schühbold auf Todesstrafe
 und dauernden Ehrenrechtsverlust, bei der Klunker auf 8 Jahre Zuchthaus und Freiheitsverlust von gleicher Dauer. Beide Beurteilung nahmen den Richterspruch geltend an.

Verleumdung Klunker

Alle im Falle Klunker angelegte, er wollte Klunker mit Verleumdung verurteilen. Klunker bestreitet die Anklage und behauptet, er habe Klunker am 12. Oktober in der Radeburger Straße in Dresden erschossen.

Die Aufklärung der Mordtat.
 Am 12. Oktober kam Angeklagter gegen 2 Uhr nachmittags in die Wohnung seines Freundes Klunker; beide wollten in den Wäldern bei Radeburg Pilz sammeln.

Der Angeklagte schickte Klunker dann den Klunker Klunker, Klunker bestreitet die Anklage und behauptet, er habe Klunker am 12. Oktober in der Radeburger Straße in Dresden erschossen.

Wetterausblick für Mittwoch den 13. Dezember.
 Trübtes, mildes Wetter, zeitweise Niederschläge und lebhafteste Luftbewegung.

Wasserstand der Elbe und ihrer Zuflüsse.
 Die Elbe hat am 12. Dezember den Wasserstand von 11,20 m erreicht.

Das Schicksal der Elbe.
 Das Schicksal der Elbe ist im Jahre 1918 die Erlaubnis, auf dem Schiffs Sommerberg nach Vassallo's Papieren zu forschen.

Neue Bücher.
 Der Briefwechsel zwischen Casselle und Marx.

Der Briefwechsel zwischen Casselle und Marx.
 Ferdinand Casselle, Nachgelassene Briefe und Schriften. Herausgegeben von Gustav Waver, Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt.

Die Ausstellung der Berliner Sezession.
 Die Ausstellung der Berliner Sezession ist am 12. Dezember eröffnet.

Die Ausstellung der Berliner Sezession.
 Die Ausstellung der Berliner Sezession ist am 12. Dezember eröffnet.

Die Ausstellung der Berliner Sezession.
 Die Ausstellung der Berliner Sezession ist am 12. Dezember eröffnet.

Die Ausstellung der Berliner Sezession.
 Die Ausstellung der Berliner Sezession ist am 12. Dezember eröffnet.

Die Ausstellung der Berliner Sezession.
 Die Ausstellung der Berliner Sezession ist am 12. Dezember eröffnet.

Die Ausstellung der Berliner Sezession.
 Die Ausstellung der Berliner Sezession ist am 12. Dezember eröffnet.

Die Ausstellung der Berliner Sezession.
 Die Ausstellung der Berliner Sezession ist am 12. Dezember eröffnet.

Die Ausstellung der Berliner Sezession.
 Die Ausstellung der Berliner Sezession ist am 12. Dezember eröffnet.

Die Ausstellung der Berliner Sezession.
 Die Ausstellung der Berliner Sezession ist am 12. Dezember eröffnet.

Klunker mitgegeben wurden. Der Vorsitzende hielt hierauf Schühbold vor, daß er die Frau Klunker, seine Geliebte, unerhört schwer beschuldigt habe; sei denn alles reine Wahrheit? — Angeklagter: Jawohl; alles, was ich gesagt habe, stimmt.

Ich habe erst Frau Klunker aus Mitteln gekont; von ihr sind alle Klunker ausgegangen. Ich konnte nicht mehr von ihr los!

Die Angeklagte Frau Klunker führte dann aus, daß in der Ehe oft Unstimmigkeiten vorhanden waren, ihr Mann habe sie vernachlässigt, er habe sich mit anderem Verkehr eine Krankheit zugezogen, vieles was Schühbold gesagt, sei unwahr, sie will nicht gewußt haben, daß er an jenem Tage ihren Mann erschossen wollte, sie sei aber zu, vor Verfahrt den Geliebten geküßt zu haben. Frau Klunker gab an, am anderen Morgen, als ihr Mann und Schühbold nicht wieder zurückgekehrt waren, nach der Radeburger Postzeit telefonisch zu haben, um dort anzufahren, ob etwas passiert sei. Als ihr der Bescheid von einem angeblichen Hausüberfall anstand, hat sie weiter gefragt, ob Schühbold dabei etwas ausgefallen sei, worauf ihr beantwortet wurde, daß diesem nichts geschehen ist. Dann ist Angeklagte in einem Weltauto sofort nach Radeburg gefahren, um Erklärungen einzulassen, sie blieb auf weitere Vorhalte dabei, daß Schühbold sie unschuldig belaste, er sei der Täter gewesen.

Das Verdict trat dann in die
Regenvernehmung

ein, es wurden zunächst die drei Radfahrer, Dampfhammerführer Hoffmann, Kleiber Biella und Arbeiter Seibel, sowie anschließend daran Wilmert Töpel und Krankenhauseinspektor Niebla aus Radeburg abhört.

Als Sachverständiger erkrankte Gerichtsarzt Regierungsmedizinalrat Dr. Oppe den Sektionsbefund. Der Tod des Badermeisters Klunker ist durch innere Verblutung, hervorgerufen durch die Schußverletzung und Verletzung innerer Organe, erfolgt. An der Leiche waren ferner schwere Wärmegänge zu konstatieren, auch waren zwei Rippen gebrochen, so daß anzunehmen ist, daß Angeklagter mit großer Heftigkeit sein Opfer bearbeitet haben muß.

Staatsanwalt Dübner hielt hierauf die etwa einständige Anklage vor. Die volle Schuld beider Angeklagter sei erwiesen.

Ein Todesurteil.
 Die Geschworenen bejahten nach längerer Beratung die Schuldfrage des Schühbold auf vorsätzliche, mit Verleumdung angelegter Mord, und bei der Klunker auf Beihilfe zu diesem schweren Verbrechen. Das Urteil lautete demzufolge bei

Schühbold auf Todesstrafe
 und dauernden Ehrenrechtsverlust, bei der Klunker auf 8 Jahre Zuchthaus und Freiheitsverlust von gleicher Dauer. Beide Beurteilung nahmen den Richterspruch geltend an.

Vorschläge für den Mittagskaffee.
 Numfordjunge, Emelettis aus Eupulver mit Apfelsaft.

Wetterlage in Europa am 12. Dezember 1922, 8 Uhr früh.

Station	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp.	Bar.	Rel.	Wol.
Berlin	SW	3	bedeckt	+4	1013	80	100
Breslau	SW	2	bedeckt	+3	1011	78	100
Dresden	SW	2	bedeckt	+3	1011	78	100
Hamburg	SW	2	bedeckt	+3	1011	78	100
Köln	SW	2	bedeckt	+3	1011	78	100
München	SW	2	bedeckt	+3	1011	78	100
Paris	SW	2	bedeckt	+3	1011	78	100
London	SW	2	bedeckt	+3	1011	78	100
Brüssel	SW	2	bedeckt	+3	1011	78	100
Amsterdam	SW	2	bedeckt	+3	1011	78	100
Warschau	SW	2	bedeckt	+3	1011	78	100
Prag	SW	2	bedeckt	+3	1011	78	100
Wien	SW	2	bedeckt	+3	1011	78	100
Budapest	SW	2	bedeckt	+3	1011	78	100
Berlin	SW	2	bedeckt	+3	1011	78	100
Breslau	SW	2	bedeckt	+3	1011	78	100
Dresden	SW	2	bedeckt	+3	1011	78	100
Hamburg	SW	2	bedeckt	+3	1011	78	100
Köln	SW	2	bedeckt	+3	1011	78	100
München	SW	2	bedeckt	+3	1011	78	100
Paris	SW	2	bedeckt	+3	1011	78	100
London	SW	2	bedeckt	+3	1011	78	100
Brüssel	SW	2	bedeckt	+3	1011	78	100
Amsterdam	SW	2	bedeckt	+3	1011	78	100
Warschau	SW	2	bedeckt	+3	1011	78	100
Prag	SW	2	bedeckt	+3	1011	78	100
Wien	SW	2	bedeckt	+3	1011	78	100
Budapest	SW	2	bedeckt	+3	1011	78	100

Der Hochdruck hat seine Bewegung in südlicher Richtung fortgesetzt und ist über dem Alpengebiet angelangt. Bei Island liegt ein trübliches Tiefdruckgebiet. Eine warme atlantische Luftströmung gelangt in das Nordseegebiet und nach Mitteldeutschland. Das Tiefdruckgebiet ist über das Ostseegebiet fortgesetzt. Die Temperaturerhöhung nach dem Ausbruch der Hochdruckzone ist im Norden und Osten besonders ausgeprägt. Die Temperaturerhöhung nach dem Ausbruch der Hochdruckzone ist im Norden und Osten besonders ausgeprägt.

Wettermeldungen aus Sachlen vom 12. Dez. 7 Uhr früh.

Station	Temp.	Wind	Wetter	Rel.	Wol.
Sachlen	+10,5	SW 2	bedeckt	80	100
Breslau	+10,5	SW 2	bedeckt	80	100
Dresden	+10,5	SW 2	bedeckt	80	100
Hamburg	+10,5	SW 2	bedeckt	80	100
Köln	+10,5	SW 2	bedeckt	80	100
München	+10,5	SW 2	bedeckt	80	100
Paris	+10,5	SW 2	bedeckt	80	100
London	+10,5	SW 2	bedeckt	80	100
Brüssel	+10,5	SW 2	bedeckt	80	100
Amsterdam	+10,5	SW 2	bedeckt	80	100
Warschau	+10,5	SW 2	bedeckt	80	100
Prag	+10,5	SW 2	bedeckt	80	100
Wien	+10,5	SW 2	bedeckt	80	100
Budapest	+10,5	SW 2	bedeckt	80	100

Wetterausblick für Mittwoch den 13. Dezember.
 Trübtes, mildes Wetter, zeitweise Niederschläge und lebhafteste Luftbewegung.

Wasserstand der Elbe und ihrer Zuflüsse.
 Die Elbe hat am 12. Dezember den Wasserstand von 11,20 m erreicht.

Das Schicksal der Elbe.
 Das Schicksal der Elbe ist im Jahre 1918 die Erlaubnis, auf dem Schiffs Sommerberg nach Vassallo's Papieren zu forschen.

Neue Bücher.
 Der Briefwechsel zwischen Casselle und Marx.

Der Briefwechsel zwischen Casselle und Marx.
 Ferdinand Casselle, Nachgelassene Briefe und Schriften. Herausgegeben von Gustav Waver, Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt.

Die Ausstellung der Berliner Sezession.
 Die Ausstellung der Berliner Sezession ist am 12. Dezember eröffnet.

Die Ausstellung der Berliner Sezession.
 Die Ausstellung der Berliner Sezession ist am 12. Dezember eröffnet.

Die Ausstellung der Berliner Sezession.
 Die Ausstellung der Berliner Sezession ist am 12. Dezember eröffnet.

Die Ausstellung der Berliner Sezession.
 Die Ausstellung der Berliner Sezession ist am 12. Dezember eröffnet.

Die Ausstellung der Berliner Sezession.
 Die Ausstellung der Berliner Sezession ist am 12. Dezember eröffnet.

Die Ausstellung der Berliner Sezession.
 Die Ausstellung der Berliner Sezession ist am 12. Dezember eröffnet.

Die Ausstellung der Berliner Sezession.
 Die Ausstellung der Berliner Sezession ist am 12. Dezember eröffnet.

Die Ausstellung der Berliner Sezession.
 Die Ausstellung der Berliner Sezession ist am 12. Dezember eröffnet.

Die Ausstellung der Berliner Sezession.
 Die Ausstellung der Berliner Sezession ist am 12. Dezember eröffnet.

Bermischtes.

Abgabe der Geldbriefe.
 Von E. Otto, Oberarchivar im Reichsarchiv.

Als wertvolle Ergänzung des vorhandenen amtlichen Aktienmaterials sammelt das Reichsarchiv zu Potsdam Geldbriefe, private Kriegstagebücher und sonstige Kriegsteilnehmer-Berichte. Nur aus ihnen gewinnt der Geschichtsforscher einen Einblick in das heimliche Empfinden der Kämpfenden, den Eindruck, den der Vormarsch in Preußenland, der Grabenkrieg, das Vordringen der Bliker, Tanks, der Gasstempel und Minenriegel auf sie gemacht, das Gefühl der moralischen Ueberlegenheit über den Feind, die Gedanken, die sich ein jeder über die allgemeine Lage, die Offiziere, Vorgesetzten und Kameraden machte.

Damit diese wichtigen Aufzeichnungen nicht wieder, wie es nach dem Kriege 1870/71 geschah, verlorengehen, wird gebeten, sie dem Reichsarchiv baldmöglichst einzuliefern. Will man sie nicht senden, so kann man sie als Depositum übergeben und dann später jederzeit zurückverlangen. Persönliche Angelegenheiten, die darin enthalten sind, bleiben geheim, man kann aber auch die Bedingungen treffen, daß die Veröffentlichung aus diesen Schriftstücken nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Einsenders geschehen darf. Will man aber sich nicht von ihnen trennen, so sende man dem Reichsarchiv die Briefe der privaten Kriegstagebücher und interessanten Briefe. Das Reichsarchiv trägt auf Wunsch in jedem Falle die Porto-Kosten. Auch Mittelungen, wo sich derartige Sammlungen bereits befinden, sind sehr erwünscht.

Klante-Projekt.
 (Drachmeldung aus der Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 12. Dez. In der heutigen Verhandlung im Klante-Projekt machte der Angeklagte Max Klante einen leidenden Eindruck. Er kassierte fast unausgesprochen. Sein Verteidiger machte darauf aufmerksam, daß Klante fast gar nicht geschlafen habe, und daß es voranschreitlich nicht möglich sein werde, so lange wie gestern zu verurteilen. Der Vorsitzende ließ darauf dem Angeklagten eine Flasche mit warmer Milch reichen und versicherte, ihm alle Erleichterungen gewähren zu wollen. Das große Zeugnis wurde bis morgen entlassen. Der Vorsitzende ließ dann den mitangeklagten Bruder Klantes, den Wilmert Gerhard Klante, vor den Richtertisch treten. Dieser schilderte ausführlich, wie er von seinem Bruder als Kassierer angenommen wurde. Vorsitzender: Es wird Ihnen vorgeworfen, daß Sie 200000 Mark an sich genommen haben. Der Angeklagte meinte, das wäre nichts Außergewöhnliches. Es seien noch Zahlungen zu leisten gewesen auf Veranlassung seines Bruders. Vorsitzender: Wundert Sie sich nicht über die Unmenge von Geld, die dauernd einlief? Es muß Ihnen doch wie eine rote Morgana erschienen sein, die Sie hineinstecken der Millionenströme. Gerhard Klante erwiderte nach längerem Schwelgen, er habe sich gar nicht um das eigentliche Geschäft gekümmert.

Als nächster Angeklagter wurde der Weinbändler Deiffen vernommen, der das Haus Fortuna begründete und zwar auf Klantes' Veranlassung. Bis zu zwei Millionen Mark wollte Klante bringen. Allgemeines Schwärzeln im Gerichtssaal erzeugte die Mitteilung Deiffens, daß Klante bei der Fortuna kein Betriebskapital erforderlich machte, weil die Geschäfte sofort glänzend einschlugen. Von den übrigen Angeklagten gab der Vertreter Klantes in Dresden, Jentich, an, daß in sein Geschäft in Dresden noch jetzt täglich massenhafte Aufträge von Preußen kommen, was Klante wieder sein Geschäft aufmache, weil sie ihm ihr Geld unterbringen wollten. Klante stellte mit, daß er den Plan gehabt habe, große Buchfabriken, Sanatorien, Eisbrennereien, Automobilabteilungen und Industrieunternehmungen aufzukaufen bzw. zu begründen, um seinen Betrieb noch rentabler zu gestalten. Nur durch den Zusammenbruch sei er am Ausbruch dieser Pläne verhindert worden. Der Angeklagte Epstein war von Klante in die Geschäftsführung eines von diesem aufgekauften Cafés einbezogen worden. Nach Bureauaufschluß nahm er von den Klantes Einzahlungen entgegen und erhielt von den Klantes 3 Prozent. Die Einzahlungen schwankten zwischen 5000 und 10000 Mark. Die größte Einzahlung war nach dem Zusammenbruch des Klantes und des Klantes-Konzerns. Da habe er an einem Abend allein 200000 Mark eingenommen. — Die Verhandlung wurde dann auf Mittwoch vertagt.

Wiesendiebstahl. Einem auf der Durchreise in Berlin anhaltenden, aus dem Süden zugezogenen Kaufmann ist eine Brieftasche aus dem Mantel gestohlen worden. Darin befanden sich 50000 Mark in deutschem Gelde, 200 Dollars in Noten und drei Scheidstücke mit von einer amerikanischen Bank ausgetauschten offenen Schecks. Der Gesamtverlust ist auf 90000 Dollar, also rund 4 Millionen Mark, zu beziffern. Der Diebstahl hat sich wahrscheinlich bei einer Fahrt im Kraftomnibus ereignet.

Fabrikbrände. Ein Großfeuer in der Glasgießerei Paul Moser in Rahlitz bürdete den neuerbauten Gieß- und Modellierraum mit vielen Modellen von großem Wert vollständig ein. — In der Dampfmaschine A. Köhler in Tangermünde vernichtete ein Großfeuer ein Gebäude mit großen Holz-, Stroh- und Getreidevorräten sowie vielen Maschinen. — Auf der Schiffswerft Gebr. Sachlenberg, A. G. in Rostock wurde von einem Großfeuer der Vorkomplettbau vollständig zerstört. Bei all diesen Bränden geht der Schaden in die Millionen.

Ein neuer Erdbeben in Gifu. Nach einer Tagesmeldung aus Sanitar der Gifu wurde dort am Montag vormittag ein heftiger Erdbeben verspürt.

Ein klarer Blick.
 Ist heute mehr denn je nötig. Tragen Sie Roetig-Angengläser, und der Bräutigam wird die angenehmsten Überraschungen.

Optiker Roetig
 Gebrüder
 Dresden-A., Prager Straße 23

Spielhagens Kellermeister.

Nachdem die „schöne Zeit“ vorbei, will ich mich wieder melden; mich Kellermeister wohlkannant soll keiner lässig scheitern!

Ich stand für Euch in dunklem Raum und sorgte für süßige Weine, ich sah den lieben Sommer kaum und froh fast an die Beine!

Derweil die andern sorgentrückt, in weite Ferne schwollen, hab ich mich pfeifend umglickt, wo uns noch Weine reitlen.

Für jeden, der nun heimgekehrt, Spielhagens war auf Posten, damit die Weine, hochbegehrt, nicht Fabelsummen kosten!

So ruft, wer Freud' und Sorgen hat, Spielhagens Kellermeister! Kommt, Freunde, eh' es ganz zu spät, (das Not wird immer dreister): An Annenstraße Nummer 9 und Baugner Straße Nummer 9 sollt ihr aus best' bedient sein!

Katastrophale Auswirkung des Marktluges auf Oesterreichs Industrie.

Wien, 10. Dezember. Oesterreich kann sich seiner Kronenabwertung nicht erheuen. Man hat schon früher gewisse industriepolitische Bedenken gegen eine plötzliche Stabilisierung geübt, da die Exportfähigkeit des Oesterreichischen Fabrikats schwerwiegend sein würde. Nun ist zur Stabilisierung noch der Marktlug hinzugekommen, was zur Folge hat, daß die Oesterreichische Volkswirtschaft von einer Katastrophe bedroht ist. Die Oesterreichische Industrie, aber auch manche Zweige des Warenhandels befinden sich seit dem Beginn des Bruchherbstes in einer schmerzhaften Depression. Um diese Zeit pflegt bereits das Weihnachtsgeschäft lebhaft zu pulsieren und seinem Höhepunkt auszukommen; jetzt ist es in den meisten Wiener Verkaufsstellen, aber auch in den größeren Niederlassungen der Provinz noch ganz still, der Absatz umfaßt nur einen Bruchteil seines normalen Umfangs. Die Krone ist zwar seit einem Vierteljahr so ziemlich stabilisiert, auch das Verhältnis zur schweizerischen Valuta fast unverändert auf dem gleichen Stande, dafür hat aber der Sturz der deutschen Währung sehr ungnädig auf die Entwicklung in Oesterreich eingewirkt. Am Ende des Sommers stieg die Mark in Wien 60 Kronen und darüber; jetzt ist der Preis auf 8 bis 10 Kronen gesunken.

Diese Entwertung auf den letzten Teil hat die Konkurrenz der deutschen Unternehmungen mächtig angeregt. In Oesterreich aber hat die ewige Unentschiedenheit vor neuen, noch billigeren Angeboten deutscher Waren die Käufer zu größter Zurückhaltung veranlaßt. Das Geschäft auf den vorliegenden Absatzherbst ist, trotz der schärften Kontrolle an den Grenzen dringende deutsche Produkte, soweit dies nicht in offener Deflationierung, mit Ausnahmeverkauf und vorläufiger Verzögerung verläuft, überdies noch durch die gefallenen Kurse und Werten des Schmelzhandels ein. Deutsche Waren bereiten, sehr zum Nachteil der Oesterreichischen Produzenten, das Land mit Verkaufsoberboten; wer nach Deutschland reist, kauft draußen ein und bringt sich seinen Bedarf mit Wiener Händler haben ihre Käufer mit deutschen Waren anerkennen. Die Preise des deutschen Fabrikats stellen sich um 30 und 40 Prozent niedriger, als jene des heimischen Produkts, und da die Mark ihren Tiefpunkt nicht finden kann, sondern weiter sinkt, wird in der letzten Hoffnung auf neue Preisrückgänge nicht gefaßt, die Stimmung, die das Lebensgefühl des geschäftlichen Gedelbens bildet, ist arbeitslos verdorben.

Die deutsche Konkurrenz ist aber deshalb um so empfindlicher und wirksamer, als in Oesterreich noch keine auch nur halbwegs zunehmende Verbesserung der Erzeugung in die Wege geföhrt werden konnte. Die Arbeitslosigkeit hat bisher nur um 12 bis 14 Prozent abgemindert und eine Ermäßigung des Mehl- und Brotpreises beginnt sich erst vorzubereiten; die Oesterreichische Industrie verzweifelt als verlor als einen Fortschritt, daß ihr für den Dezember eine Aufbesserung der letzten Kohlenpreise versprochen worden ist. Die hohen Löhne, mit denen die Industrie produziert, sind nur wenig vermindert, eine Anpassung an die veränderten Bedingungen des Absatzes ist noch nirgends in zureichendem Maße erfolgt. Der Umschlag von der stehenden Zeit des Sommer zum letzten Dezemberlichen des Geschäftes vollzog sich nicht in stufenweiser Senkung, sondern in raschem Niederbruch.

Die Oesterreichischen Eisenhütten sind von der deutschen Konkurrenz noch wenig bedrängt, weil diese hinreichenden Absatz im Inlande und nach waldstarken Ländern hat. Die deutsche Konkurrenz wirkt sich mit Macht auf die eisenerzeugenden Industrien. Die Oesterreichischen Werke in den Erzeugungsbetrieben nicht folgen, manche von ihnen sind kaum noch zu einem Viertel beschäftigt. In der Maschinenindustrie unterboten die reichsdeutschen Fabriken alle Oesterreichischen Werke im In- und Auslande; die hiesigen Händler haben Maschinen, Eisenwaren, Metallere, Handgeräte aller Art aus Deutschland bezogen und lassen diese zu Scheitelpreisen rasch abzuhufen. Am Teil dürften auch Zwangsverkäufe der Händler mitwirken, die unter starkem Geldmangel leiden; die heimische Industrie kann sich aber die Tatsache nicht verhehlen, daß sie dem von zwei Seiten heranbrausenden Frontalangriff der übermächtigen deutschen und tschechischen Wettbewerber auf die Dauer nicht Widerstand zu leisten vermag, solange diese durch die ungünstigen Verhältnisse in ihrem Lande, Deutschland namentlich durch den Niedergang der Mark, zu so weitgehenden Unterbietungen veranlaßt werden.

Immerhin haben die Industrie und auch der Warenhandel noch aus der früheren glänzenden Zeit große Reserven. Sie liegen nicht so sehr wie früher in Verzug, auch nicht in den Maschinen, Einrichtungen und Investitionen, deren Erneuerung wegen der enormen Verteuerung aller Preise vielfach ungebührlich vernachlässigt wurde, sondern in den noch zu außerordentlich billigen Preisen aufgeschickelten Warenvorräten. In Deutschland suchen sich Handel und Industrie mit Riesenschritten der Entwertung der Valuta anzupassen. Wenn auf irgendeinem Niveau die Stabilisierung der Mark gescheitert, so werden die deutschen Preise, die jetzt tief unter der Parität der Weltmärkte liegen, sich diesem Stande wieder wesentlich nähern, die Scheitelfunktionen wird nachlassen, die Oesterreichische Industrie wieder freier atmen können.

Zus der Tätigkeit der Dresdner Handelskammer.

Ulm Wirtschaftsdirektorium treten die sächsischen Handelskammern dafür ein, daß das Zuschlagsrecht der Gemeinden zu Gewerbesteuer nach wie vor auf 25 Prozent beschränkt bleibt. — In einem Bericht an den Deutschen Industrie- und Handelsverein hat die Kammer den Standpunkt, daß die Volkswirtschaft nicht berechtigt sei, abgeklärte Telegrammadressen einseitig zu ändern. Sollte ihr dies Recht verliehen werden, so müßten die Bestimmungen über die Adressänderung für Telegrammadressen geändert werden. — In einer Eingabe der sächsischen Handelskammern wurde das Reichsmonopolamt für Branntwein erwidert, bei künftigen Beschlüssen des Spirituspreises die Alkoholsteuerverbindlichkeiten auf mindestens 25 Prozent des Verkaufspreises zu bemessen. Weiter wurde von dem gleichen Reichsamt eine bessere Vorkieferung der Zehner Blumenindustrie mit Spiritus gefordert. — Der Handelskammer Chemnitz als Vorort der sächsischen Handelskammern wurde berichtet, daß der Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge bis zu 30 000 M. Jahresbeitragsdienst ausgemittelt werde. — Dem Amtsgericht Dresden wurde ein Gutachten erteilt, daß bei der Abrede „wegen prompte Kasse“ die Zahlung sofort nach Eingang der Ware zu erfolgen hat.

Kapitalverdoppelung der Dresdner Bank auf 1,1 Milliarde Mark.

Der Aufsichtsrat der Dresdner Bank hat beschlossen, einer auf den 1. Januar 1928 einzuverlesenen außerordentlichen Hauptversammlung die Verdoppelung des zurzeit 550 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals vorzuschlagen. Maßgebend für diesen Beschluß sind die außerordentlich umfangreichen Anträge, die aus den Kreisen der Rundbank anstehend und in steigendem Umfange an die Bank gestellt werden, so daß eine nachhaltige Vermehrung der eigenen Mittel notwendig erscheint. Von den jungen Aktien sollen 25 Millionen Mark den alten Aktionären zu einem von der Hauptversammlung festzusetzenden Kurs zum Besitze angeboten werden. Wegen freiländlicher Begebung weiterer 150 Millionen Mark Aktien an der Bank nahelebende Kreise, und zwar mit mehrjähriger Sperrfrist, die vorzuziehen, während die restlichen 125 Millionen Mark mit 25 % Einzahlung einnehmen treuhaft überlassen nach zur Verfügung der Verwaltung ge-

halten worden sollen. Die neuen Aktien sollen ab 1. Januar 1928 an der Börse einfließen.

Mit diesen Beschlüssen folgt die Dresdner Bank den auf diesem Wege vorangegangenen Großbanken. Auch diese Kapitaltransaktion dient zwei ganz verschiedenen Zwecken: einmal der Verdrängung des aus der Weltentwertung und einer sehr an überlebigen Regeln klammernden Geldpotentials resultierenden Kreditnot und 2. dem Schutze vor dem Eindringen unerwünschten Einflusses. Im Nachhinein ist absolut genommen diese Kapitalerhöhung die größte aller vorangegangenen, denn das Aktienkapital der Dresdner Bank steigt damit auf 1,1 Milliarde Mark und übersteigt damit als erstes Großbankkapital die Milliarde. In Bezug auf das Aktienkapital würde nach Durchführung der vorgeschlagenen Transaktion die Dresdner Bank an der Spitze unter den deutschen Großbanken stehen. Welt die Entwicklung in den deutschen Bahnen weiter, so dürften auch die noch abgehenden Großbanken, zu denen auch die Darmstädter und Nationalbank gehört, mit entsprechenden Transaktionen herauskommen, welche sich auch mit ganz neuen Formen, die, wie im Falle Deutsche Bank-Deutsche Petroleum, Finanzgesellschaft machen.

Das Eigenkapital der Dresdner Bank wird nach Durchführung der beantragten Kapitalerhöhung einen neuen Kursen Zuwachs durch das Agio aus dieser Emission erfahren. Nach der letzten Bilanz haben Kapital und Reserven eine Höhe von 620 Millionen Mark.

Die Börsen von Dresden, Berlin und Leipzig blieben gestern, Dienstag, geschlossen.

Berliner Börsenstimmungsbild vom 12. Dezember

Die Vertagung der Londoner Konferenz ist zwar lediglich nur ein Hinweis auf den Dilemma, in das die Verhandlungen durch die bisher noch unüberbrückbaren Gegensätze unter den Kabinetsgeräten waren, doch bleibt zu beachten, daß Staatssekretär Bergmann und Reichsbankpräsident Pauenslein in London geblieben sind, um dort anstehend wohl die Meinung über einen annehmbaren deutschen Vorschlag zu laubieren. Infolgedessen befindet sich das Reparationsproblem noch im Zustande völliger Ungeklärtheit. Dem trug auch der Teufelskreis heutige Rechnung. Das Geschäft war im allgemeinen außerordentlich still. Bei den Renten waren im Laufe des Vormittags nur verhältnismäßig wenig Aufträge eingegangen, so daß die Unterdichtung der Tendenz am offiziellen Markt noch nicht unbedingt zu übersehen war. Jedoch läßt sich aus den eingegangenen Aufträgen erkennen, daß im allgemeinen weiterhin Interesse für Spezialwerte besteht. Gestrichelt waren besonders Maschinenwerte, darunter Schwappkopff, R. Wolf und Berlin-Anhalter Maschinen, ferner Kleinwerke Meyer, auch Spinnereien unter Führung von Hammeren waren beliebt. Von Sammlern Dresdner Bank auf Kapitalerhöhung ist in der Vergangenheit für Selbstbehaltung, besonders Kolon und Vereinigte Eisenwerke nicht das Interesse an Erneuerung zeigte sich wieder Nachfrage für Schmelzhandelswerte. Ausländische Aktien weiterhin beachtet, dagegen waren schwere Montanaktien zu geringen Umsatzen eher angeboten.

Berliner Produktienpreise vom 12. Dezember.

Dem Ausgang der Londoner Konferenz hat der Produktienmarkt keine Anregung entnommen. Die Grundtendenzen des heutigen Geschäftes blieb wieder fest, ohne daß sich die Preise besonders verändert hätten. In Getreide war das Angebot nicht groß, weshalb die spätere Marktlage gestärkt, hier und da geringe Preisbesserungen durchzusetzen. Besonders für Weizen, für den Weizen Mehlwaren blieben, ebenso wie für Roggen, der noch in Bedienung unterzogen war. Gerste in seinen verschiedenen Sorten, in anderen Sorten verhältnismäßig für Roggen und Weizenprodukte gestiegen. In Getreide hatte sich gestern nach Schluß des Verkehrs noch ein ziemlich großes Geschäft für das weitaus Industriegebiet entwickelt. Heute blieb es ruhig. Für Raps mangelte es nicht an neuer Ware. Giftdruckungen höher, aber nicht durchschlagend. Wohl fest, andere Artikel ruhig.

Berliner Produktienpreise. Preise für 50 Kilogramm (Metz) für 100 Kilogramm ab Station: Weizen, wäckerlicher 15 500 bis 15 800, bester, wäckerlicher 15 700 bis 15 800, behauptet. Sommergerste 12 800 bis 12 400, bester 12 500 bis 12 600, Oaser, wäckerlicher 12 500 bis 12 700, bester 12 500 bis 12 600, feil. Weizen (ohne Probenleistung) feil Berlin 16 000 bis 16 100, Weizenmehl 42 000 bis 47 000, behauptet. Roggenmehl 37 000 bis 40 000, behauptet. Weizenmehl 38 000 bis 39 000, etwas feiner, Roggenmehl 38 000 bis 39 000, etwas feiner. Raps 24 000 bis 25 000, geröstetes, Weizenmehl 28 000 bis 30 000, behauptet. Weizenmehl 28 000 bis 29 000, kleine Weizenmehl 25 000 bis 26 000, Weizenmehl 14 000 bis 17 000, Weizenmehl 17 000 bis 18 000, gelbe 21 000 bis 22 000, Cerradelle, alte 13 000 bis 13 800, flapsches 10 000 bis 10 500, Treiden (einseitig) 6 000 bis 6 200, Torfklasse 2 000 bis 2 500.

Berliner Realitäten- und Grundbesitz-Preise (einseitig) für 50 Kilogramm ab Station: Weizen- und Roggenmehl, drahtgerichtet 2 200 bis 2 500, Anterisch, drahtgerichtet 2 200 bis 2 500, Roggen- und Weizenmehl, bindelgerichtet 2 500 bis 2 800, Roggenmehl, langes, gebündeltes 2 500 bis 2 800, Arrumieren, feil, gebündeltes 2 500 bis 2 800. Die handelsüblichen 5 000 bis 5 500, neu, gutes 5 000 bis 5 700, Stadtel 7 000 bis 7 800.

Anerkennung der Rückversicherungskriegsgesellschaft in Dresden. Die am 3. Oktober d. J. gegründete Kriegsgesellschaft ist in das Handelsregister eingetragen worden. Das Grundkapital beträgt 1 Million Mark. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der Rückversicherung aller Art und ähnlicher Unternehmungen. Die Gründer der Gesellschaft sind: Direktor Hans Rohrig, Berlin, Kommerzienrat Paul Bind in Dresden, Rittergutsbesitzer Max Giesche in Rostock, Rittergutsbesitzer Walter Winkler in Burgwitz, Versicherungsdirektor Gustav Schöne in Dresden und Versicherungsdirektor Paul Hübin in Dresden, von denen die zuerst genannten vier Herren den ersten Aufsichtsrat bilden, während die Herren Schöne und Hübin zu Mitgliedern des Vorstandes bestellt sind.

Neuzeitliche Kapitalgesellschaft in Dresden. Die ordentliche Hauptversammlung legte in glatter Erledigung der Regularien die sofort zahlbare Dividende auf 30 % p. r. t. fest. König-Druckerei-Kaufmann-Werkzeugmaschinen-Gesellschaft in Dresden. Die außerordentliche Hauptversammlung genehmigte die vorgeschlagene Kapitalerhöhung um 84 Millionen Mark Stammapital und 600 000 M. Vorzugsaktien, die beide vom 1. Januar 1928 ab dividendenberechtigt sind. Die Stammapital werden den bisherigen Aktionären durch die Dresdner Bank im Verhältnis von 1:1 zum Kurs von 150 % zum Besitze angeboten werden, während die Vorzugsaktien den bisherigen Vorzugsaktionären zum Kurs von 100 % übertragen werden.

Erste Kaufmännische Aktien-Gesellschaft. Die Verwaltung der Kaufmännischen Aktien-Gesellschaft hat die Verwaltung auf den 6. Januar nach Dresden ein. Auf der Tagesordnung stehen neben den Regularien eine Reihe von Satzungsänderungen zur Beschlußfassung.

Kaufmännische Aktien-Gesellschaft in Dresden. In der unter Vorsitz des Kommerzienrates Palmie und in Gegenwart von 7 Aktionären mit 8750 Stimmen abgehaltenen außerordentlichen Hauptversammlung wurde der Vorschlag der Verwaltung zur Erhöhung des Grundkapitals um 4 Mill. Mark für das laufende Geschäftsjahr zur Hälfte dividendenberechtigter Stammaktien auf 7 100 000 M. zu erhöhen, widerspruchsfrei zum Beschluß erhoben. Die neuen Stammaktien werden an die Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt Dresden gegeben, und zwar 2 1/2 Millionen Mark zum Kurs von 165 %, mit der Verpflichtung, diese den bisherigen Aktionären in der Weise zum Besitze anzubieten, daß auf je eine alte eine neue Stammaktie über 1000 M. zum Kurs von 200 % bezogen werden kann, weitere 1 100 000 M. zum Kurs von 225 %, mit der Verpflichtung, diese Aktien zur freien Verfügung der Verwaltung der Gesellschaft zu halten, und 400 000 M. zum Kurs von 100 %, mit der Verpflichtung, sie im Verhältnis mit der Gesellschaft zu verwenden. Ferner legte die Verwaltung das Stimmrecht der Vorzugsaktien vom Verlassen auf das Besondere fest.

Spezial- und Expeditionskriegsgesellschaft. Diese im Angelegenheit werden die Aktionäre angefordert, daß ihnen auf die neu zur Ausgabe gelangenden Aktien zugehörige Besatzrecht zum 14. bis 28. h. Mt. bei der in der Bekanntmachung genannten Stellen gelöst zu werden.

BANKHAUS Heilmann DRESDEN-A VIKTORIASTR. 2 FERNSPRECHER 20670, 21881, 29004 AUSFÜHRUNG SÄMTL. BANKGESCHÄFTE + ABTEILUNG FÜR HYPOTHEKEN u. GRUNDBESITZ

Box der hauseigenen Warenmärkte meldet uns ein eigener Bericht: Der Hamburger Kaffeemarkt trug in der verflochtenen Verhältnisse wieder einen außerordentlich festen Charakter. Die abermalige Erhöhung des Goldpreises hat die Preise auf dem Kaffemarkt um ein beträchtliches in die Höhe getrieben, beträgt doch nunmehr der Zoll für ein Pfund Rohkaffee zu bezu 1 600 M. Unter diesen Umständen ließ sich natürlich eine Erhöhung der Preise für sofort gelieferte, vorzuziehende Ware nicht umgehen. Trotzdem war das Geschäft an einzelnen Tagen sehr lebhaft. Der inländische Konsum gilt wiederholt in den Verkehr ein und tauchte in erster Linie die billigeren Kaffeekategorien, soweit diese noch zu haben waren. Auch das Wiedergeschäft mit den Erzeugungsländern war etwas lebhafter. Die Hamburger Importeure legten eine Reihe von Aufträgen nach Rio, von wo vorübergehend billigere Sorten gemeldet wurden. Später gegen Freitag auch die Spezial-Sorten an, aber selbst dann wurden noch kleinere Partien geliebt, weil Kolumbien in Hamburg immer knapper wird. Die Preise für Santos Imperio auf Abladung stellen sich zuletzt auf 70 Schilling, für Santos good auf 65 Schilling, für Santos auf 72 Schilling und für Extra-Primes auf 71 Schilling. Auf dem Kolumbienmarkt wurde Santos superior mit 7 1/2 Schilling gehandelt. Von den amerikanischen Kaffees wurden die gemischten Sorten mit 17 bis 22 Dollar gehandelt. Rio-Kaffee war zu 24 bis 27 Schilling erhältlich. — Der Hamburger Kaffemarkt zeigte, soweit Kolumbien in Betracht kommt, teilweise ein etwas lebhafteres Geschäft. Besonders Kolumbien fand guten Absatz, da die Hamburger Preise bis jetzt noch unter den Kolumbienpreisen liegen. Man bezahlte zuletzt 1 850 M. das Kilogramm ab Lager. Von den Erzeugungsländern lagen nur wenig Angebote vor. Thome Imperio war aus erster Hand zu 45 Schilling erhältlich, während Santos superior per Hamburger Abladung mit 65 Schilling gehandelt wurde. — Der Hamburger Kaffemarkt hat in der verflochtenen Verhältnisse ein sehr unruhiges, unruhiges Bild. In den ersten Tagen war das Geschäft verhältnismäßig still, wenngleich die Grundstimmung ziemlich fest blieb. Später gaben indes die Preise für Burmah-Weizen etwas nach und das Inland benutzte die abgedrückten Preise zur Einleitung der dringenden Bedarfe. Eine Reihe von Aufträgen in Burmah-Weizen kam zu 14 Schilling zustande. Darüber zeigte sich sehr reges Interesse für Valencia-Weizen, so daß die Preise für diese Sorte auf 20 Schilling erhöht werden konnten. Das Geschäft an den Produktionsmärkten war sehr still, da die meisten Kaufleute an den hohen Abladungskursen scheiterten. — Der Hamburger Kaffemarkt verkehrte in recht feier Stimmung, doch blieb das Geschäft ruhig. U. a. notierte für 1 Kilogramm: Schwärzer Pfeffer 2 200 M., weißer Pfeffer 2 200 M., Pfeffer 2 000 M., Japan-Kaffee 2 000 M., Santos Bourbon 48 000 M., Santos Tagit 30 000 M.

Amthlich notierte Devisenkurse:

Table with columns for location (Berlin, Dresden), date (12. Dezember, 11. Dezember), and various exchange rates for different currencies.

Wechselkurse im Freiverkehr am 12. Dezember bis abends 6 Uhr.

(Witterkeit von Wehr. Arnold in Dresden.) Goldmark (1 Gulden) 3225, Dänemerk (1 Krone) 1225, England (1 Pfund Sterling) 25 250, Amerika (1 Dollar) 8550, Schwed. (1 Krona) 1375, Frankreich (1 Frank) 500, Italien (1 Lira) 4175, Deutsch-Oesterreich (100 Kronen) 1125, Tschechoslowakei (1 Krona) 225, Ungarn (1 Krone) 570. Hamburger Markkurs vom 12. Dezember letzte Notierung: 0,120 Cent, entspricht einem Dollarkurs von 8585 M. Markkurse (für 100 Mark). Amsterdam 0,0065 Gulden. Kopenhagen 0,0075 bis 0,0078 Kronen. Stockholm 0,04 bis 0,045 Kronen. Valenstener (100 Mark) polnisch: 4 1/2 Reichsmark.

Berliner Metallmarkt vom 12. Dezember. Preise für 1 Kilogramm in Mark: Goldmark 3225, Dänemerk 1225, England 25 250, Amerika 8550, Schwed. 1375, Frankreich 500, Italien 4175, Deutsch-Oesterreich 1125, Tschechoslowakei 225, Ungarn 570. Bremen, 12. Dez. Baumwolle (Anfang) 5184 nominell. Bremen, 11. Dezember. Baumwolle: Tendenz: kaum fest, von 25,10 (25,10), Dezember 21,55 (21,55), Januar 21,57 (21,57), Februar 21,56 (21,56), März 21,57 (21,57), April 21,53 (21,53). Baumwollspinnerei in Mill. und Col. bis 21 000 (21 000). Bremen, 11. Dezember. Weizen: Notierung: loco 137,50 (137,50), Hartweizen loco 137,50 (137,50), Weizen loco 135,00 (135,00). Bremen, 11. Dezember. Kaffee: Tendenz: ruhig, von 11,00 (11,00), Dezember 9,54 (9,54), März 9,47 (9,47), Mai 9,15 (9,15), Juli 8,55 (8,55), September 8,37 (8,37).

Konkurrenz, Zahlungsbedingungen usw. Kupferhändler: + Schneidermeister Ferdinand Kold, Knecht, Kilmiermeister Walter Diny, Rühlbergert L. G.

Schuk gegen Verluste durch Zahlungseinstellung der Kunden bietet der Kilmiermeister Ferdinand Kold, Knecht, Kilmiermeister Walter Diny, Rühlbergert L. G. Interessengemeinschaft „Wiliang - Herrmann“ Dresden-A., Prager Str. 45, Wilmshaus. Tel. 1231, 1245, 2205.

Dresdner Handelsgüter. Eingetragen wurde: die Firma Radiograph, Büromaschinen-Vergesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, mit dem Sitz in Dresden, das Stammkapital 100 000 Mark beträgt und das Geschäftsführer ist der Kaufmann Ferdinand Diny in Dresden.

Geegründet 1875 E. Lehner & Schmalz Geogründet 1875 Dampfkeesselfabrik - Apparatebau - Kupferschmiede Dresden 15, Industrieregion Telephone: 2100 und 2013; nach Geschäftsabschluss: 14130 Autogene Schweißarbeiten.

Bitte lesen und weitergeben!

Die Wahrheit über das Bier.

Die Brauereien verarbeiten kein Brotgetreide!

Bier haben schon die ältesten Völker erzeugt und reichlich genossen, ohne daran Schaden zu nehmen. Die großen alten Kulturvölker: Ägypter und Griechen, hatten ihren volkstümlichen Gerstentrank, das hat sie aber nicht gehindert, höchste Kulturwerte zu schaffen.

Bier ist das alkoholschwächste Nähr- und Genußgetränk, sein Alkoholgehalt schwankt zwischen 2-4 %, selten bis 5 %, der des Weines zwischen 10-30 %, der des Branntweines zwischen 20-50 %.

Alkohol ist kein „Gift“.

„Alle alkohol- und alkaloidhaltigen Genußmittel: Bier, Kaffee, Tee, Kakao sind nur dann Gift, wenn sie in unvernünftiger Menge oder von Personen genossen werden, welche individuell das eine oder das andere nicht vertragen können.“
Dr. Schottelius, Professor der Hygiene.

„In der Übertreibung ist alles Gift, es möge heißen wie es wolle.“
Dr. Hufeland.

„Die Worte Alkohol und Alkoholismus sind geradezu zu einem Popanz geworden, um die Leute guselig zu machen und über die wirklichen Verhältnisse zu täuschen.“
Prof. Dr. Hueppe, Prag.

Nicht unterlassen möchte ich vom Standpunkte des pathologischen Anatomen Einspruch zu erheben gegen die Art und Weise, wie von vielen Abstinenzanten mündlich, schriftlich und biblisch die anatomischen Folgen des Alkoholgenusses geschildert werden. Jene Säufermagen, Lebern und Nieren können wohl gelegentlich bei einem Säufer gefunden werden; aber bei weitem nicht alle großen Säufer, im engeren Sinne, geschweige denn die gewöhnlichen, mittleren und kleineren zeigen bei der Sektion derartige schwere Veränderungen der inneren Organe.“
Prof. Dr. Orth, Berlin.

„Der Alkohol ist ein Nahrungsmittel, ein Kräftesparer; er soll mit Mäßigkeit genossen werden und je nach dem Temperament eines jeden.“

Prof. Dr. Duclaux, Leiter des Pasteur-Instituts in Paris.

„Von dem eingenommenen Alkohol werden 98 % verbrannt, also für den Körper nutzbar gemacht.“
Rosemann, Biochemiker.

„Der Alkohol ist also ein ganz wertvolles Stoffwechselprodukt.“
Dr. Bauer.

Aber die Notwendigkeit und Bekömmlichkeit mäßiger Alkoholgenuß sagt von Pettenkofer, einer der bedeutendsten Hygieniker aller Zeiten:

„Ebenso wie eine Dampfmaschine mit Dampf allein nicht arbeiten kann, sondern auch des Schmieröls bedarf, ebenso bedarf der menschliche Organismus des Schmieröls in Gestalt von Genußmitteln, wenn dieser Organismus gut funktionieren soll.“

Von 93 befragten Professoren der Physiologie, Pathologie, der inneren Medizin, der Psychiatrie, der Pharmakologie und der Hygiene an den deutschen Hochschulen haben 89 den mäßigen Genuß geistiger Getränke für den gesunden und erwachsenen Menschen als unbedenklich, die völlige Enthaltensamkeit hingegen als überflüssig und wissenschaftlich nicht begründet bezeichnet.

Der Nährwert des Bieres ist beträchtlich.

„Ein Liter Bier entspricht in seinem Eiweißgehalt 60, in seinem Kohlehydratgehalt ungefähr 150 Gr. Brot.“
Prof. Gärtner.

„Das aus reinen Bestandteilen gebrannte Bier ist für gesunde erwachsene Menschen ein wohlbedömmliches Genußmittel und auch infolge seines Gehaltes an Kohlehydraten, phosphorsäuren Salzen und anderen Stoffen nicht ohne Nährwert. Übermäßiger Biergenuß führt zu denselben Gesundheitsschädigungen wie jeder Mißbrauch weingeistiger Getränke überhaupt und befördert bei vielen Menschen den Fettsaure. Stark eingebranntes Bier gilt als Kräftigungsmittel, dünnes, d. i. alkoholarmeres Bier als erfrischendes und verdauungsförderndes Getränk.“
Gesundheitsamt des Deutschen Reiches.

„Im Körper erhöht der Extrakt des Bieres die Löslichkeit, d. h. also die Verdaulichkeit des Fettes. Von diesen Extraktstoffen selbst waren 86 % verdaulich; von seinen stickstoffhaltigen Bestandteilen, also in erster Linie von dem darin enthaltenen Pflanzeneiweiß, wurden etwa 40 % im Körper ausgenutzt. Bei Gewöhnung an Bier tritt eine eiweißsparende Wirkung auf; der sogenannte physiologische Nutzwert des Bieres, d. h. der Aberschuh der bei der Verdauung erhaltenen Verbrennungswärme seines Eiweißkörper über die Verbrennungswärme der

Ausscheidungsprodukte, wurde beim Menschen zu 91 % seines gesamten Energiegehaltes gefunden, also eine in jeder Hinsicht zufriedenstellende Zahl.“
Dr. Albert Neuburger.

Die fett- und eiweißsparende Wirkung des Alkohols ist von namhaften Forschern: Bunn, Neumann, Clowath, Offer, Rosemann, Bölg u. v. a. erwiesen worden.

„Bei einem Gehalte des Bieres von 3,5 % Alkohol würden die in 1 Liter enthaltenen 35 Gramm Alkohol 243 nutzbare Kalorien liefern.“
Prof. Dr. Bölg.

Ein gutes Bier macht eine geringe Kost anmutend und kräftigend; es ist in Zeiten karger Ernährung ein Kostverbesserer. 1 Liter Bier = $\frac{1}{4}$ Liter Milch. Als Genußmittel wirkt es wohlthätig auf die Gemütsstimmung und hilft über seelische Abspannung hinweg. Auch ist es der ungefährlichste Durststiller.

„Es ist leichter, sich durch Wasser oder sogen. alkoholfreie Getränke eine epidemische Erkrankung zuzuziehen, als durch den Genuß eines gut vergorenen, nach den strengsten hygienischen Vorschriften erzeugten Bieres. Durch die Wirkung der Hefe und besonders durch die Bittersubstanz des Hopfens und später der Kohlensäure wird das Bier gefeit gegen gesundheitsgefährliche Keimbildungen.“
Dr. Bauer.

„Es ist eine vielumstrittene Frage: Soll man den Pflinglingen Bier verabreichen oder nicht? Für mich besteht kein Zweifel an der Notwendigkeit der Bewilligung dieses Genußmittels.“
Dr. Krebs, leitender Arzt der Heilstätte Planegg.

„Gemischte Kost, dabei reichlich Milch, Bier oder Wein wird zu den Hauptmahlzeiten gegeben, Mißbrauch wird nicht geduldet.“
Dr. Rumpf, Direktor der Lungenheilstätte Lufsenheim i. Schwarzwald.

„Es liegt eine Unart darin, anderen die Abstinenz aufzwingen zu wollen. Es liegt Lebensweisheit darin, für Mäßigkeit einzutreten und für den Genuß eines alkoholischen Nahrungsmittels, wie es in einem guten Biere gegeben ist. Das Bier ist durchaus ein guter Ersatz des Schnapses.“

Generaloberarzt Dr. Neumann, Elberfeld.

„Kein Zweifel über den wohlthuenden Genuß deutschen Bieres.“
Generalfeldmarschall von Mackensen.

„Gutes Bier weiß ein jeder zu schätzen.“
Generalfeldmarschall von Bülow.

„Der Deutsche liebt sein Bier; denn es vereint in sich eine solche Fülle angenehmer und wertvoller Eigenschaften, wie eine ähnliche Kombination in keinem anderen Getränke wieder zu finden ist.“
Dr. Bauer.

Vermögen die Abstinenzanten die kindische Furcht vor dem Teufel Alkohol nicht zu meistern, so könnten sie sich doch die wohlthätigen Eigenschaften des Bieres zunutze machen in einem würzigen Warmbier oder in einer kräftigen Bieruppe; denn das Teufelchen, das bei verständiger Behandlung gar nicht bössartig ist, drückt sich bekanntlich, wenn es ihm im Kochtopfe zu heiß wird.

Unrichtig ist die Behauptung der Abstinenzanten, es gingen bei der Verwendung der Gerste in der Brauerei „ungeheure Nährwerte verloren“. Im Mälzen und Brauen wird die Gerste bis zu 75 % ihres Nährwertes für die menschliche Ernährung ausgegüht. Der Verlust von etwa 25 %, der zum größten Teil in den Abfallprodukten ruht, wird wieder ausgeglichen durch den hohen Wert für die Viehfütterung, besonders für die Milchkuhe. Die Volkswirtschaft würde durch den Wegfall dieser wertvollen Nebenerzeugnisse der Brauerei schweren Schaden erleiden, und damit auch die menschliche Ernährung.

„Das Bier besitzt einen sehr geringen Eiweißgehalt; die Hauptmenge desselben verbleibt in den als Futtermittel sehr geschätzten Nebenerzeugnissen der Brauerei.“
Prof. Dr. Bölg.

„Es ist unmöglich, diese besonders für die Mischergenzung so außerordentlich wichtigen Futtermittel durch andere zu ersetzen. Die rohe Gerste kann nur durch Verschrotung und Kochen gut verwendbar gemacht werden, also durch Einsatz von Arbeit und Feuerung, während die Nebenerzeugnisse der Brauerei sogleich gebrauchsfähig sind und vom Vieh bevorzugt werden. Wie hoch diese Abfallprodukte die Viehzüchter schätzen, wird in der starken Verwendung ersichtlich. Die kostbare trockene „Nährhefe“ erfüllt als Krafnahrung für Kranke und Unternährte einen heilsamen Beruf.“

„1 Kilogramm Nährhefe vermag etwas über 3 Kilogramm Fleisch zu erzeugen.“
Dr. Hans Ehlers.

So findet die Gerste zu 90 Prozent in bestverbaulichen Nährstoffen die höchstmögliche Verwertung; im Bier als Nähr- und Genußmittel für die Menschen, und in den Abfallprodukten als Futtermittel für das Vieh; rationeller kann sie nicht ausgenutzt werden.

Die größte Verschwendung erfährt sie als Kaffeesurrogat, denn die durch Aufbrühen oder flüchtiges Kochen gewonnene Flüssigkeit ist nur gefärbtes Wasser und fast ohne Nährwert; viel Nährstoffe liegen ungenutzt im Kaffeesatz und werden mit ihm weggeworfen.

„Dieser Gerstenkaffee gibt bei intensivem Kochen höchstens 45 % Extrakt her, meistens erheblich weniger; die 80 Teile Kaffee, die aus 100 Teilen Gerste hergestellt waren, liefern also nur 36 Teile Extrakt. Von diesem Extrakt bleiben aber noch 15 % im Grund (Satz) stecken, sodas tatsächlich aus 100 Teilen ursprünglicher Gerstetrockensubstanz nur rund 30 Teile Extraktstoffe nutzbar gemacht werden und 70 Teile einfach verloren gehen.“
Nach Prof. Dr. Windisch.

Es darf wohl angenommen werden, daß auf den Kopf der deutschen Bevölkerung bei dem unerschwinglichen Bohnenkaffeepreise jährlich 4 Kilogramm Gerste als Kaffeesurrogat verbraucht werden; das ist eine Gerstenverschwendung von 240 Millionen Kilogramm im Jahre! Während des Krieges — 1917 — wurden 220 000 Tonnen Gerste für Kaffeesatz geliefert; ursprünglich waren 330 000 Tonnen zugestanden worden. (1 Tonne = 1000 Kilogramm.)
Nach Prof. Dr. Windisch.

Noch schlimmer steht es um die Verschwendung von Roggen als „Kornkaffee“, weil damit das wertvollste Brotgetreide vergeudet wird,
was die Gerste nicht ist!

Der Kornkaffee erfreut sich wegen seines anmutenderen Geschmackscharakters immer wachsender Bevorzugung. Das Beispiel von der Gerste auf den Roggen angewendet, zeigt uns eine recht ansehnliche Beeinträchtigung der Broterzeugung in unserer so brotarmen Zeit. **Aber darauf kommen die Abstinenzler nicht, es wird immer nur auf die Brauer losgeschlagen!** Ins Gewicht fällt noch, daß bei der Verwendung des Getreides als Kaffeesurrogat Futtermittel verloren gehen, die andernfalls in der Brauerei und Mälzerei gewonnen würden.

Wo bleibt da die „ungeheure Verschwendung von Nährmitteln in der Brauerei“? Wo „die Vergeudung von Brotgetreide“?

Könnte durch eine wesentliche Herabsetzung des Zolles wieder wie früher Bohnenkaffee in reichlicher Menge dargeboten werden, so wäre das durch Ersparung von Roggen ein recht schöner Gewinn für die Broterzeugung; die Gerste spielt dagegen eine verhältnismäßig kleine Rolle.

„Die Graupen sind bei bester Zubereitung nur zu etwa 30 % verdaulich. Auch bei direkter Verwendung der Gerste als menschliche Nahrung werden somit nur etwa 60 % ihrer Energie nutzbar gemacht.“
Dr. Hans Ehlers.

„Die hohe Ausmahlung des Getreides und die dadurch bedingte Verminderung der Futterklee, insbesondere aber die ungenügende Belieferung der Brauereien mit Gerste während der Kriegszeit bis auf schließlich 5 % des Friedensverbrauches und der dadurch bedingte Ausfall an Biertribern, Malzheimen usw. waren schwere wirtschaftliche Fehler. Die relativ kleinen Nährstoffverluste bei der Bierbrauerei und der durch die starke Beschränkung des Brauens erzielbare Gewinn an für den Menschen direkt verwendbaren Nährmitteln in Form von Gerstemehl und Graupen wurde dadurch stark überkompensiert, daß große Nährstoffmengen infolge des Mangels an Protein von den Hausieren nicht in Milch, Fleisch und Fett übergeführt werden konnten und daher ungenutzt verloren gingen.“
Prof. Dr. Bölg.

Die Abstinenzler fordern die Stilllegung der Brauereien zugunsten der Volksnahrung. Aus den hier vorausgegangenen Darlegungen dürfte ersichtlich werden, daß dieses Verlangen ungereimt, weil durch nichts gerechtfertigt ist. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der deutschen Brauindustrie ist groß; in ihr sind 6 Milliarden Goldmark angelegt, und reichlich einer Million Personen gibt sie mittel- oder unmittelbar Beschäftigung. Nehmen wir die Frauen und Kinder der Verheirateten hinzu, so finden mehrere Millionen Menschen in ihr den Lebensunterhalt. Die „Umstellung“ eines so bedeutungsvollen Gewerbes müßte un-erhebliche Schädigungen unserer Volkswirtschaft zur Folge haben. Der Hinweis der Abstinenzler auf Amerika, daß die „Umstellung“ eine Leichtigkeit gewesen sei, ist agitatorischer Lug und Trug.

„Wir Arbeiter Amerikas und ganz besonders wir Brauereiarbeiter können ein Lied davon singen. Vor Einführung der Prohibition waren in der Brauindustrie ohne das Beamtenpersonal 64 000 Arbeiter beschäftigt; heute sind nur noch 15 000 Arbeiter mit der Herstellung von Sodawasser Syrup usw. in den noch im Gange befindlichen Brauereien beschäftigt und arbeiten durchschnittlich nur halbe Zeit. Von den vielen Tausenden, durch die Prohibition arbeitslos gewordenen, haben Tausende bis jetzt noch keine Arbeit finden können. Unter denselben befinden sich viele alte brave Genossen, die überhaupt keine Arbeit irgend welcher Art bekommen können. Sie nun auf ihre Verwandten oder auf die Wohlthätigkeit fremder

guter Menschen angewiesen sind. Mehrere solcher alten des bauernwertigen Oxyer haben bereits ihrem traurigen Dasein freiwillig ein Ende gemacht. Traurig, aber wahr!“
Amerikanische Brauerzeitung.

Die Behauptung, es leerten sich nach Einführung der Prohibition die Irrenhäuser und Gefängnisse, es minderten sich die Verbrechen, ist ebenfalls eine agitatorische Irreführung. Diese Irren- und Verbrechenstatistiken sind abstinenzlerisch frisiert und entsprechen nicht der Wirklichkeit. „Unter den Einwohnern Chicagos zählt man jetzt Woche für Woche 150 in die Irrenanstalt eingelieferte Geistesranke. Für dieses bedächtigende Anwachsen der geistigen Störungen wird von Dr. James Whitney Hall, dem Vorsitzenden des ärztlichen Ausschusses für das Irrenwesen, so gut wie ausschließlich der Verbrauch von allerlei teuflischen Mischungen verantwortlich gemacht, die von gewissenlosen Inhabern geheimer Destillationen als Trinkbranntwein verkauft werden. Vor Einführung des Prohibitionsgesetzes betrug die Zahl der in die Anstalten Chicagos gebrachten Geistesranke in der Woche 60—70. Heute sind die Anstalten so überfüllt, daß man die Kranken auf dem Flur, in Vorhöfen und Remisen unterbringen muß.“
Die Mehl-Alkoholscheuche in Chicago.

Nach amerikanischen amtlichen statistischen Nachweisen mehren sich auch die Verbrechen und füllen sich die Strafanstalten. Die Statistik des Justizdepartements in Washington gibt bekannt, daß die Verbrechen in ungeahnter Weise zugenommen haben. Nach dem „New-York Herald“ beträgt die Zahl der Verbrechen das achtfache der Vorkriegszeit. Fast 100 000 Kriminalfälle warten noch auf die Aburteilung durch die Gerichte.

Eine agitatorische Vorspielung ist auch die Behauptung der Abstinenzler, nur die Völlenthaltigkeit vom Bier und allen geistigen Getränken gewährte eine edle Denkart und eine höchst sittliche Lebensführung. In Prozessen sind recht sonderbare sittliche Verfehlungen von Abstinenzler bekannt geworden, z. B. auch böse „sexuelle Exzesse“. Die beiden großen Wassertrinker: Julius Cäsar und Demosthenes, weitesterten mit einander an Abstinenz und sexuellen Exzessen. Antike Quellen schildern Demosthenes geradezu als einen zügellosen Wüstling.

Aus: Was sagt die Geschichte zur Alkoholabstinenz? von H. Severinus.

„Leider ist nicht abzuleugnen, daß die Totalabstinenzler oder doch ihre meisten literarischen Wortführer allen Anderdenkenden, ich hätte fast gesagt Andersgläubigen gegenüber ein Gefühl hochmütiger Überlegenheit, einen allem selig machenden Unfehlbarkeitsdünkel bekunden, wie er freilich den Anhängern extremer Religionen von jeher eigen zu sein pflegt.“
Gch. Med.-Rat Prof. Dr. Eulenburg.

„Meine Ausführungen haben, wie die meiner Kollegen, in dem Draan des Totalabstinenzler eine Kritik erfahren, auf die näher einzugehen ich mir versagen muß, denn mit solchen und gegen solche Waffen vermag ich nicht zu streiten. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.“
Gch. Med.-Rat Prof. Dr. Harnack.

Die abstinenzlerische Lehre vom Alkoholgift kann vor der ersten Wissenschaft nicht Stand halten! Und wir sollten uns das Bier, unser wohlbekömmliches Volksgetränk nehmen lassen?

„Das Bier kann auch zollpolitisch und steuerlich aus den verschiedensten Gründen nicht bedachtig und vorzüglich genug angesehen werden.“
Dr. Hans Ehlers.

„Ein gutes Bier streitet mit dem Wein um den Vorzug, sowohl an Klarheit und Geschmack, als auch am Nutzen zur Gesundheit, vornehmlich, wenn es etwas alt ist. Des Menschen Leben und Gesundheit kommt eben so sehr auf das Getränk, als auf die Speisen an; daher ist an der Brankunst sehr viel gelegen.“
Karl v. Linné, Prof. der Medizin u. der Naturwissenschaften.

„Nur Kurzsichtige, die sich nicht Rechenschaft darüber ablegen, wie direkte Nahrungsmittel und Genußmittel, Anstrengung und Erholung, Arbeitslust und Lebensfreude einander ergänzen, können zu dem Trugschluss kommen, daß die Millionen, die das arbeitende Deutsche Volk (das sind wir alle) für sein volkstümliches Genußmittel, das Bier ausgeben, finanztechnisch ein verlorener Posten sind.“
Prof. Hans Ehlers.

Der Gerstensaft hat sich allezeit als Nahrungsmittel und Freudenpendler am deutschen Volke bewährt, als ein willkommener Bekreier, wenn Ermattungen körperlicher oder seelischer Art, Gemütsstörungen das Leben umschatten. Beim würzigen schäumenden Schoppen, im Kreise froher Menschen wird es bald wieder sonnig im Gemüt, und der Flügelschlag der Seele gewinnt wieder neue frische Kraft. Die großen Geister aller Zeiten haben bei einem Kräftigungs- und Entspannungstrunk neue Schöpfungsfreude, neue Gedanken, neuen Schwung der Fantasie gefunden und für die Nachwelt Großes geschaffen!

So war es immer, und so soll es bleiben!

M. Zimmermann.